

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Zunehmendes Nord-Süd Gefälle der digitalen Spaltung in der EU	1
„Key National Indicators“ – Eine neue U.S. Indikatoren Initiative	5
Qualität der deutschen Arbeitsplätze im europäischen Vergleich allenfalls Durchschnitt	6
Die Sozialstruktur Deutschlands Buchvorstellung	10
Lebensqualität von Kinderlosen im Alter geringer	11
System Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland: Schlüsselindikatoren 1950-2001	14
Workshopankündigung: Wohlfahrtsstaatliche Institutionen und soziale Sicherheit: Messkonzepte, Indikatoren und Analysen	15
Call for Papers: „Patient“ deutsche Gesellschaft Diagnosen und Befunde der empirischen Sozialforschung	16

Zunehmendes Nord-Süd Gefälle der digitalen Spaltung in der EU

Zur Messung von Ungleichheit in der Diffusion von Informations- und Kommunikationstechnologien

Im politischen Diskurs über die Chancen und Gefahren der Informationsgesellschaft fällt seit geraumer Zeit immer wieder das Schlagwort der digitalen Spaltung oder „Digital Divide“. Die digitale Spaltung als Metapher fehlender sozialer Inklusion in der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) beschreibt dabei „the gap between individuals, households, businesses and geographic areas at different socio-economic levels with regard both to their opportunities to access information and communication technologies (ICTs) and to their use of the internet for a wide variety of activities“ (OECD 2001). Insbesondere auf der Ebene der EU wird „e-inclusion“ als Politikziel betont. Der eEurope-Aktionsplan „Eine Informationsgesellschaft für alle“ (Europäische Kommission 2000), der als Teil der so genannten Lissabon-Strategie das Ziel formuliert, Europa zur wettbewerbsstärksten und dynamischsten Wirtschaft der Welt werden zu lassen, soll die volle Nutzung der Informationswirtschaft, insbesondere des Internet, in Europa vorantreiben.

Die folgende Untersuchung entstand im Rahmen des im IST-Forschungsprogramm der Europäischen Kommission geförderten Projekts SIBIS - Statistical Indicators Benchmarking the Information Society (www.sibis-eu.org). Ziel dieses Projektes ist es, Daten zur Informationsgesellschaft für die Mitgliedsstaaten der EU und in einer zweiten Phase für die Beitrittskandidaten sowie für das eEurope Benchmarking zu erheben und gleichzeitig neue, teils experimentelle, Indikatoren zu entwickeln. Dabei sollte der hier vorgestellte Index als ein Vorschlag verstanden werden, der als Prototyp für weitere Indices zur ungleichen Diffusion von Technologien dienen könnte.

Auf Grund des immer weiteren Vordringens von IKT in nahezu alle Bereiche des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens werden der Zugang zu, sowie die Fähigkeiten und Fertigkeiten im Umgang mit IKT zunehmend wichtige Voraussetzungen und Dimensionen sozialer Inklusion. Die Nutzung von IKT nicht lediglich als Differenzierung von Konsumentenverhalten zu betrachten, fußt dabei aus Sicht politischer Akteure vor allem auf drei Argumenten: Zum einen stellen Fertigkeiten im Umgang mit IKT eine zunehmend notwendige

Voraussetzung der Teilnahme am Arbeitsleben dar, so dass von einer breiten Grundlage an IKT-Fertigkeiten positive Auswirkungen auf die Beschäftigungsquote erwartet werden. Außerdem wird das Einsparpotenzial von e-Government und anderer IKT-unterstützter staatlicher Dienste, etwa im Gesundheits- oder Bildungsbereich, sich erst dann einstellen, wenn die große Mehrheit der Bevölkerung Zugang zu IKT hat, sowie die nötigen Kenntnisse, diese zu nutzen. Drittens werden immer mehr privatwirtschaftliche Dienstleistungen des täglichen Lebens (auch) online angeboten werden. Dabei steigen gegenüber dem digitalen Medium tendenziell die Kosten für diejenigen, die keinen Zugang zu oder keine Fertigkeiten im Umgang mit IKT haben.

Der Digital Divide Index vergleicht die e-Inclusion innerhalb der EU-Mitgliedsländer

Studien, die die Entwicklung der digitalen Spaltung zu erklären versuchen, finden in der Regel einen starken Einfluss klassischer Determinanten sozialer Ungleichheit, sozialer Netzwerke und Lebensstile. Hinzu kommen in jüngster Zeit Untersuchungen, die einen grö-

Tabelle 1: Indexvariablen und untersuchte Gruppen

Benachteiligte Gruppen:	Indexvariablen und relative Gewichtung:
<ul style="list-style-type: none"> • Geschlecht: weiblich (~52% der Bevölkerung) • Alter: 50 Jahre oder älter (~40% der Bevölkerung) • formale Bildung: Abschluss der formale Bildung mit 15 Jahren oder jünger (~40% der Bevölkerung) • Einkommen: Unterstes (länderspezifisches) Quartil (~25% der Bevölkerung) 	<ul style="list-style-type: none"> • Computer-Nutzung (Gewicht 50%) • Internet-Nutzung (Gewicht 30%) • Internet-Nutzung zu Hause (Gewicht 20%)

Tabelle 2: Berechnung des Digital Divide Index (Beispiel EU-15-Wert, 2002)

	Computer (%)		Internet (%)		Internet zu Hause (%)		Subindex
	A	B	C	D	E	F	
	Anteil	% von Gesamt	Anteil	% von Gesamt	Anteil	% von Gesamt	$0,5*A + 0,3*B + 0,2*C$
Nutzung Gesamt	56,5	=100	50,3	=100	38,6	=100	
Alter 50+	31,3	55,4	25,1	49,8	20,6	53,4	53,3
Frauen	50,4	89,1	43,6	86,7	32,7	84,6	87,5
Einkommen 1.Q.	25,9	45,9	22,3	44,4	15,6	40,4	44,3
Schulbildung <16	17,1	30,3	11,9	23,6	8,5	22,1	26,6
Subindex (Mittelwert % von Gesamt)		55,2		51,1		50,1	52,9

Datenbasis: SIBIS Survey 2002 (EU-15), eigene Berechnungen.

Beren Anteil von Nicht-Nutzern aus Überzeugung (self-exclusion) feststellen (etwa Lenhart 2003). Unser Ziel ist es, aus den im Zeitvergleich verfügbaren sozio-demographischen und IKT-Nutzungsdaten eine Maßzahl für die digitale Spaltung innerhalb eines Landes oder eines anderweitig abgegrenzten sozialen Gebildes zu erstellen. Damit ließe sich die Entwicklung der digitalen Spaltung über die Zeit anhand einer einzelnen Maßzahl nachzeichnen. Der Digital Divide Index dient somit einem ersten vergleichenden Überblick der Situation der e-inclusion in den Mitgliedsstaaten der EU.

Der Index erfasst die IKT Nutzung verschiedener soziodemographischer Gruppen innerhalb der Mitgliedsländer der EU und baut auf aggregierten Daten für diese Gruppen auf. Die Daten basieren auf den Eurobarometern 47.0 (1997) und 54.0 (2000) sowie den SIBIS Surveys 2002 für die EU-15 und 2003 für die Beitrittskandidaten. Die Gruppen wurden anhand von vier soziodemographischen Merkmalen gebildet - Geschlecht, Alter, formale Bildung und Einkommen. Für alle diese Gruppen wurde der Indexwert aus den Variablen für Computer und Internetnutzung gebildet, letztere untergliedert nach Internetnutzung allgemein und Internetnutzung zu Hause¹. Mit Hilfe des Index sollen Daten aus drei Surveys mit unterschiedlichen Instrumenten vergleichbar gemacht werden. Der Index misst die digitale Spaltung innerhalb der Mitgliedsländer der EU sowie innerhalb der EU als ganzer. Damit weicht unser Ansatz von der Mehrzahl der in der Literatur zu findenden Ansätze ab. Diese konzentrieren sich i.d.R. auf die Niveauunterschiede der Verbreitung von IKT zwischen Ländern, während sich unsere Vergleiche auf das unterschiedliche Ausmaß intranationaler

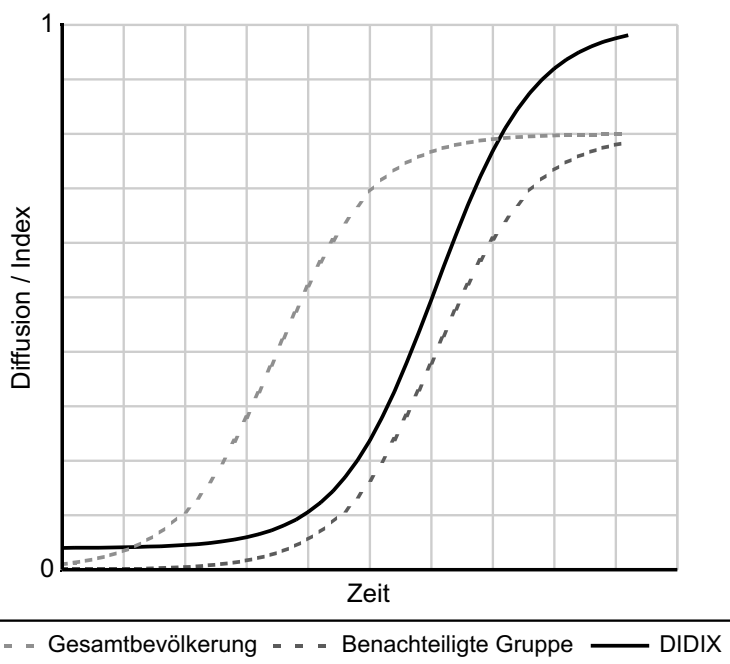
sozialer Ungleichheit in der Adoption von IKT beziehen.

Der theoretische Ausgangspunkt für die Indexkonstruktion ist dabei die Fragestellung, ob die empirisch festzustellenden Unterschiede in der Diffusion von IKT über bestimmte soziale Gruppen mit Hilfe der Diffusionstheorie zu erklären sind. Theorien der Diffusion gehen davon aus, dass Prozesse der Diffusion von einer Vielzahl von Determinanten beeinflusst werden, u.a. den Eigenschaften der In-

novation selbst (z.B. Netzeffekte und kritische Massen), der Sozialstruktur (z.B. Verflechtung von sozialen Netzwerken und Milieus) und der öffentlichen Kommunikation (Massenmedien, Marketing, Awareness-Raising Politiken). Ohne diese Prozesse näher zu untersuchen, gehen wir davon aus, dass die kumulierte Häufigkeit der Adoption einer Innovation den Verlauf eine S-Kurve annimmt. Geht man davon aus, dass unterschiedliche soziale Gruppen ähnliche Diffusionsprozesse zeitversetzt durchlaufen, so sind im Zeitverlauf größer werdende Abstände zwischen den Gruppen unausweichlich, wie die Graphik 1 verdeutlicht.

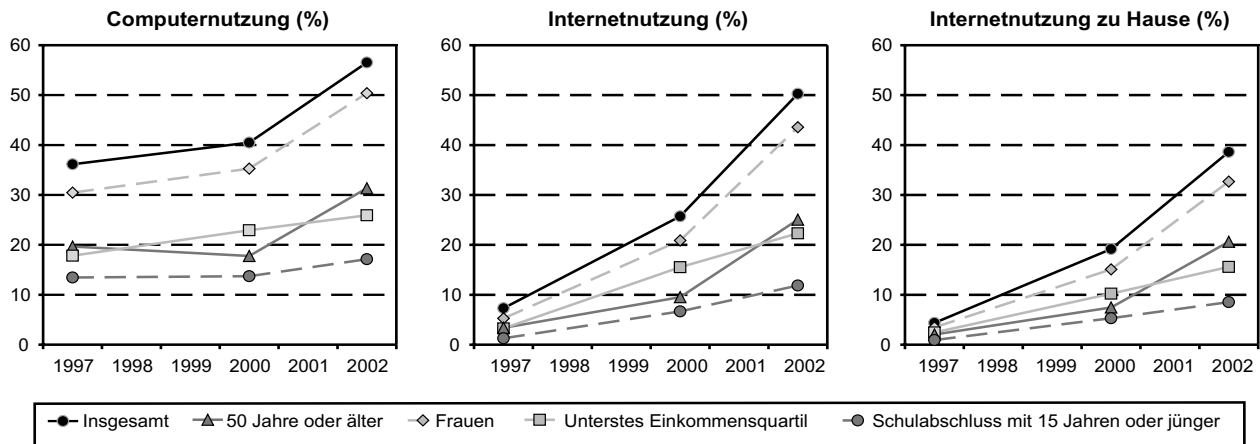
Es ist anzunehmen, dass sich die Kluft zwischen den benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen und dem Bevölkerungsdurchschnitt zuerst vergrößert, um dann, wenn sich für die breite Masse des Marktes eine Sättigungsgrenze abzeichnet, wieder abzunehmen. Deshalb ist es nicht nur notwendig, die Kluft zwischen Durchschnitt und benachteiligten Gruppen zu untersuchen, sondern ebenfalls das Niveau der Marktdurchdringung mit in Betracht zu ziehen. Der vorgeschlagene Index beruht nun einfach auf dem Verhältnis der Diffusionsanteile in den beiden Gruppen. Er lässt sich bestimmen, indem zunächst die relativen Häufigkeiten der Indikatorvariablen für die vier Kategorien berechnet und das Verhältnis zu den relativen Häufigkeiten der Indikatorvariablen in der Gesamtbevölkerung errechnet werden. Der Mittelwert der vier benachteiligten Gruppen ergibt den Subindex für eine der abhängigen Variablen (z.B. Internetnutzung). Diese drei Subindices werden gewichtet aufaddiert und ergeben den Gesamtindex (DIDIX)-Wert. Ebenso lassen sich mit derselben Gewichtung zunächst Subindexwerte horizontal errechnen. Der DIDIX ergibt sich dann als ungewichteter Durchschnitt der Kategorien-Indexwerte.

Graphik 1: Idealtypischer Verlauf des Digital Divide Index



Quelle: Eigener Entwurf.

Graphik 2: Entwicklung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Gesamtbevölkerung (EU-15) und benachteiligten ausgewählten Gruppen 1997 - 2002



Datenbasis: Eurobarometer 47.0 (1997) und 54.0 (2000), SIBIS Survey 2002.

Der resultierende Index kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je größer der DIDX Wert ist, desto geringer ist das entsprechende Ausmaß der digitalen Spaltung. Ein Beispiel für EU-15 Werte des Jahres 2002 findet sich in Tabelle 2.

Deutlicher Anstieg der IKT-Nutzung in den letzten sechs Jahren

Graphik 2 zeigt die IKT-Nutzung der vier untersuchten Bevölkerungsgruppen im Zeitvergleich. Der Anteil der Internetnutzer stieg beispielsweise von 7% der EU-Bevölkerung Anfang 1997 über 26% im Jahr 2000 auf gut 50% im Jahre 2002. Bei der Computernutzung war der Anstieg (von 36% auf 57%) moderater, aber dennoch beträchtlich. Die Diffusion innerhalb der vier untersuchten Kategorien zeigt ein Wachstum auf einem geringeren Niveau als dem der Gesamtbevölkerung. So stieg z.B. der Anteil der Internetnutzer unter den Befragten mit geringer Schulbildung zwischen 1997 und 2002 von 1% auf 12% und die Computernutzung in dieser Grup-

pe von 13% auf 17%, während die entsprechenden Werte der Gesamtbevölkerung bei der Internetnutzung von 7% auf 50% und bei der Computernutzung von 36% auf 57% zunahm. Die Diffusion lässt sich dabei für nahezu alle Kategorien als die untere Hälfte einer S-Kurve beschreiben.

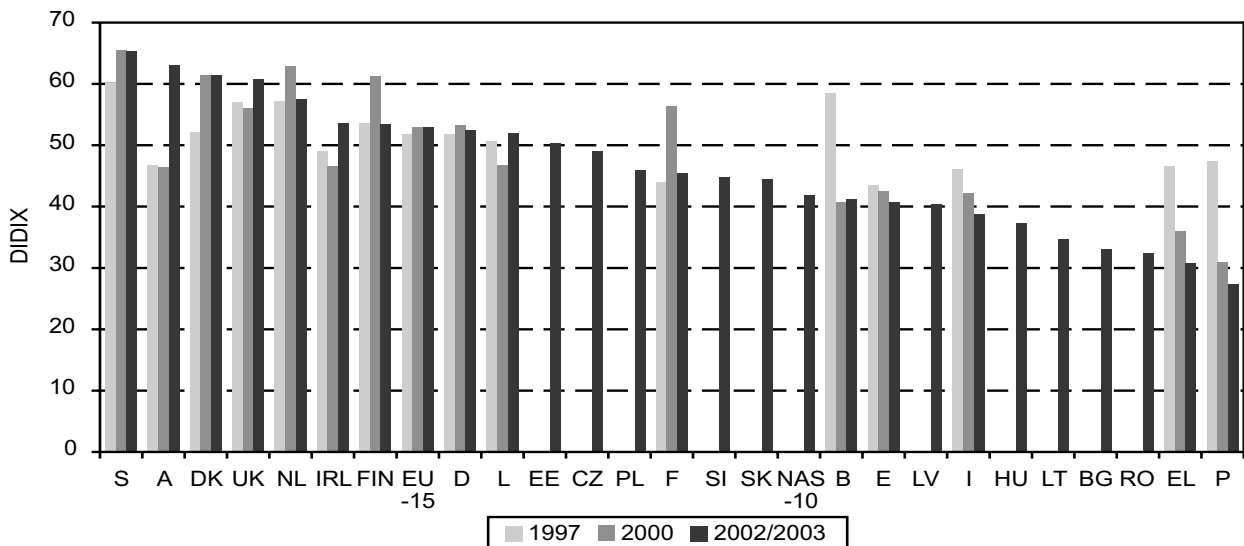
Digital Divide in Europa unverändert - jedoch Auseinanderdriften zwischen Nord und Süd

Interessanterweise hat sich der Gesamtindex auf europäischem Niveau kaum verändert. Die gegenläufigen Entwicklungen der Subindizes gleichen sich hier aus, und der Wert stagniert bei etwa 53. Dies geht allerdings mit einer steigenden Polarisierung zwischen den EU Mitgliedsstaaten einher, da der Variationskoeffizient gleichzeitig von 10,3 (1997) auf 22,9 (2003) anstieg. Während einerseits die „klassischen“ Informationstechnologie-Vorreiterländer wie die nordischen Länder, die Niederlande und das Vereinigte Königreich sowie mit Österreich und Irland, Länder, die einen erst

jungen IKT Boom erleben, die e-inclusion verbessert haben, vergrößert sich andererseits in den südeuropäischen Ländern die digitale Spaltung offensichtlich beträchtlich. Die osteuropäischen Beitrittsländer reihen sich in der unteren Hälfte der EU-15 ein, wobei einige beinahe den EU-15 Durchschnitt erreichen.

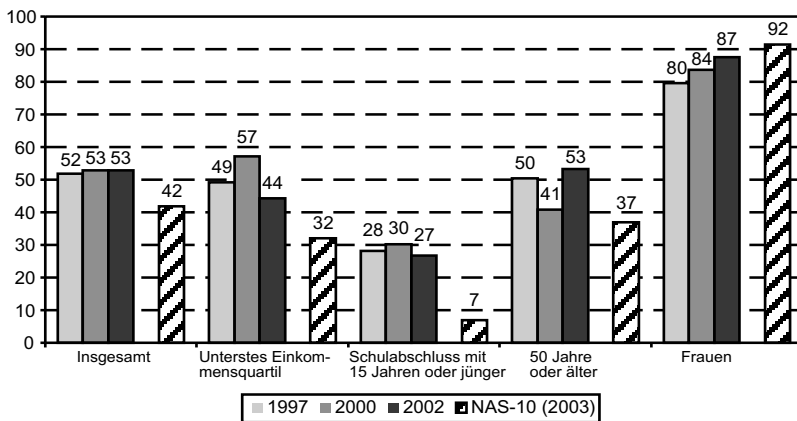
Die Daten legen ferner den Schluss nahe, dass die Schulbildung einen entscheidenden Einfluss auf die Nutzung von IKT hat. Über den Beobachtungszeitraum bleibt der Wert des Subindex Bildung nahezu konstant bei 30. Unter Personen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder davor verlassen haben, stagniert die Nutzung also bei rund 30% der Rate in der Gesamtbevölkerung. Das Geschlecht hingegen verliert zwischen 1997 und 2002 seine Bedeutung als Determinante der IKT-Nutzung, obwohl Männer immer noch eine etwas stärkere Nutzung aufweisen. Der Index steigt von 80 auf 87 Punkte (EU-15), wobei die Werte in Europa 2002 zwischen 62 in Griechenland und 96 in Finnland variieren. Uneinheitlich ist die Entwicklung unter den Älteren und den Ein-

Graphik 3: Digital Divide Indizes für die EU-Länder (EU-15) und die Beitrittskandidaten (NAS-10) 1997 - 2002/2003



Datenbasis: Eurobarometer 47.0 (1997) und 54.0 (2000), SIBIS Survey 2002 und 2003.

Graphik 4: Durchschnittliche Digital Divide Indizes für die Gesamtbevölkerung und ausgewählte Gruppen für die EU-Länder (EU-15) und die Beitrittskandidaten (NAS-10)



Datenbasis: Eurobarometer 47.0 (1997) und 54.0 (2000), SIBIS Survey 2002 und 2003.

kommensschwächeren. Schien es 2000 noch so, als ob die Senioren abgehängt würden, stieg der Wert im Survey 2002 etwas über das Niveau von 1997. Die gegenteilige Entwicklung lässt sich beim Einkommen beobachten, dessen Wert nun etwas unterhalb des Wertes von 1997 rangiert.

Um die Annahme zu überprüfen, ob sich die so operationalisierte digitale Spaltung zu einem großen Anteil allein aus dem erreichten Niveau der IKT Diffusion erklären lässt, wurden die Ergebnisse in Bezug zum allgemeinen Niveau der IKT Nutzung in den Ländern gesetzt. Ließe sich jedem Adoptionsniveau eine entsprechende Ungleichheitsrate zuweisen, so wäre die digitale Spaltung zu einem Großteil nur ein vorübergehendes Phänomen, und es wäre zu erwarten, dass die zur Zeit stärker betroffenen Länder mit dem Fortschreiten der allgemeinen Diffusion ein ähnliches Maß an e-Inclusion wie z.B. die nordischen Länder erreichen. Um dies zu überprüfen, wurde ein einfacher Nutzungsindex konstruiert, der die empirischen Werte der Eingang findenden Technologie-Variablen jeweils zwischen 0 und 100 (Maximum) normiert, um Niveaueffekte auszuschließen. Dabei wird jedes Land zu jedem Beobachtungszeitpunkt als eigener Fall behandelt. Der Wert von 0 ergibt sich, wenn in einem Land zu einem Zeitpunkt das Minimum aller drei Technologievariablen vorgefunden wird (was auf Portugal im Jahr 1997 zutrifft). Ein Wert von 100 entspräche dem Fall, wenn ein Land zu einem Zeitpunkt für alle Technologievariablen die jeweils höchsten je gemessenen Werte aufweisen würde (was für kein Land der Fall ist). Alle drei Technologievariablen gehen dabei mit der gleichen Gewichtung wie im DIDIX ein. Graphik 5 verdeutlicht das Ergebnis. Beispielhaft sind hier Schweden als Vorreiter, Deutschland als Durchschnittsland und Portugal als Nachzügler durch vergrößerte Marker hervorgehoben.

Es zeigt sich eine deutliche Korrelation zwischen dem Niveau der IKT Nutzung und dem DIDIX. Werden die Messwerte für alle Jahre gemeinsam berücksichtigt, beträgt sie $r=.594$ ($R_=.352$). Dies bekräftigt die erwartete Abhängigkeit des Index von der allgemeinen IKT-Dif-

fusion. Untersucht man die Zusammenhänge jedoch Jahr für Jahr, so verstärkt sich der Zusammenhang im Zeitverlauf deutlich. Für 1997 beträgt die Korrelation $r=.675$ ($R_=.456$), um für die weiteren Zeitpunkte weiter auf $.883$ ($R_=.780$) bzw. $.929$ ($R_=.863$) anzuwachsen.

Digitale Spaltung in vielen Ländern kein temporäres Problem

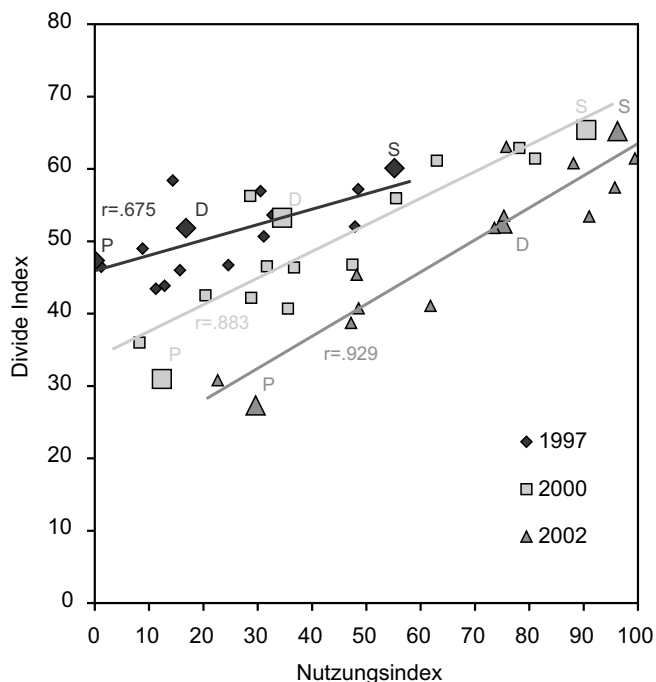
Offensichtlich geht in vielen Ländern eine Zunahme der IKT Nutzung insgesamt mit einer konstanten oder sinkenden (relativen) Partizipation benachteiligter Bevölkerungsgruppen einher. Das legt die Vermutung nahe, dass diese Gruppen auch auf längere Frist nicht das Nutzungsniveau des Bevölkerungsdurchschnitts erreichen werden. Während die durchschnittliche Partizipation benachteiligter Gruppen an der Informationsgesellschaft in Schweden an Hand des Index bei gut 65% des Ge-

samtbevölkerungsschnitts liegt, beträgt der entsprechende Wert in Portugal 27% mit fallender Tendenz.

Diese Ergebnisse zeigen auch, dass ein deterministischer Zusammenhang von digitaler Spaltung und gesamtgesellschaftlicher Adoptionsrate zur Erklärung der sozialen Ungleichheit in der Adoption nicht ausreicht. Vielmehr ist offensichtlich in Ländern, die ein bestimmtes Nutzungsniveau später als andere Länder erreichen, mit einer größeren Ungleichheit zu rechnen. Dies mag zum einen daran liegen, dass die (reichen) Vorreiterländer generell eine geringere soziale Ungleichheit aufweisen als die ärmeren südeuropäischen Nachzügler. Zum anderen mag es eine Regelmäßigkeit der geographischen Diffusion von Technologien geben, dergestalt, dass die Diffusion die so genannten Early Adopters in benachteiligten Regionen zwar später erreicht als in zentralen bzw. wirtschaftsstarken Regionen, dass speziell diese Gruppen dann aber Technologien vergleichsweise schneller aufgreifen, damit also regional bzw. national größere Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen in der Geschwindigkeit der Adoption einhergehen.

Zusammenfassend lässt sich also neben den häufig konstatierten Unterschieden im absoluten Niveau der IKT-Nutzung zwischen den EU Staaten auch eine zunehmende Disparität der sozialen Inklusion der IKT-Nutzung innerhalb der einzelnen Länder feststellen. Ein Teil dieses Phänomens lässt sich auf das jeweilige allgemeine Diffusionsniveau zurückführen. Dennoch weisen Länder, die ein bestimmtes Diffusionsniveau später erreichen als andere, eine größere soziale Ungleichheit in der Nutzung von IKT auf.

Graphik 5: Zusammenhang zwischen Ungleichheit und absoluter Häufigkeit der Nutzung von IKT-Technologien in den EU-15 Ländern 1997 - 2002



Datenbasis: Eurobarometer 47.0 (1997) und 54.0 (2000), SIBIS Survey 2002.

Tabelle 3: Digital Divide Indizes EU-15

Jahr	Frauen			50 Jahre oder älter			Schulabschluss mit 15 Jahren oder jünger			Unterstes Einkommensquartil			DIDIX		
	97	00	02	97	00	02	97	00	02	97	00	02	97	00	02
B	86	82	82	58	39	37	43	10	12	46	32	33	58	41	41
DK	76	88	93	50	59	69	24	37	23	57	63	61	52	61	61
D	79	85	81	51	37	55	29	36	38	48	55	36	52	53	52
EL	74	81	62	39	16	19	33	10	19	40	36	23	46	36	31
E	76	83	83	38	21	34	30	17	27	29	49	20	43	43	41
F	78	88	88	58	35	36	7	20	19	32	81	39	44	56	45
IRL	88	91	95	49	32	54	28	29	37	31	35	28	49	47	54
I	68	73	77	55	31	34	19	21	19	42	44	24	46	42	39
L	78	85	78	53	35	62	34	25	29	38	42	38	51	47	52
NL	76	84	89	36	54	68	43	32	32	73	81	41	57	63	57
A	81	79	93	40	22	51	37	30	54	29	54	54	47	46	63
P	95	76	78	49	9	17	22	8	7	23	30	6	47	31	27
FIN	81	92	96	41	56	49	25	39	24	68	58	45	54	61	53
S	89	90	91	58	61	67	41	39	41	52	71	62	60	65	65
UK	87	85	93	54	51	62	40	52	39	47	35	49	57	56	61
EU-15	80	84	87	50	41	53	28	30	27	49	57	44	52	53	53

Datenbasis: Eurobarometer 47.0; Eurobarometer 54.0; SIBIS Survey 2002 (EU-15), eigene Berechnungen.

1 Eine frühere Version des Index, welche nur auf Eurobarometer-Daten aufbaute (Hüsing/Selhofer 2001), enthielt ebenso die Variable ‚Computernutzung zu Hause‘, diese wurde jedoch im SIBIS Survey nicht erhoben. Die beiden generellen Nutzungsvariablen waren jeweils mit 30% und die Nutzung-zu-Hause Variablen mit 20% gewichtet worden, um der eigentlichen Nutzung mehr Bedeutung als der Nutzung an einem bestimmten Ort beizumessen. Da Computernutzung 2002 nicht nach Ort der Nutzung erhoben wurde, wurde das Gewicht der verbleibenden Computernutzungsvariablen zugerechnet.

European Commission, 2000: *eEurope Action Plan - An Information Society for all*.

European Communities, 2001: *Eurobarometer 54.0. ZA STUDY NUMBER 3386 [Computer file]. Carried out by the European Opinion Research Group - EEIG, on request of the European Commission. Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Köln.*

Hüsing, Tobias/Selhofer, Hannes, 2002: *The Digital Divide Index - A Measure of Social Inequalities in the Adoption of ICT. S. 1273-1286 in: Stanislaw Wrycza (Ed.), Proceedings of the Xth European Conference on Information Systems - ECIS 2002. Gdansk: Wydawnictwo Uniwersytetu Gdanskiego.*

Lenhart, Amanda, 2003: *The ever-shifting Internet population. A new look at Internet access and the digital divide. Washington: The Pew Internet and American Life Project. (www.pewinter-*

net.org/reports/pdfs/PIP_Shifting_Net_Pop_Report.pdf).

Melich, Anna, 2000: *Eurobarometer 47.0. Images of Germany, Consumer Issues, Electronic Information, and Fair Trade Practices, January-February 1997 [Computer file]. Conducted by INRA (Europe), Brussels, on request of the European Commission. Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Köln.*

OECD, 2001: *Understanding the Digital Divide. OECD Publications, Paris.*

■ Tobias Hüsing, empirica Gesellschaft für Kommunikations- und Technologieforschung mbH

Tel.: 0228/98530-0

tobias.huesing@empirica.com

„Key National Indicators“

Eine neue U.S. Indikatoren Initiative

Unter dem Titel „Key National Indicators: Assessing the Nation's Position and Progress“ hat das U.S. General Accounting Office kürzlich zusammen mit den National Academies ein hochrangiges Forum über die Ziele und Möglichkeiten der Entwicklung eines „comprehensive indicator system“ für die Vereinigten Staaten veranstaltet. Nachdem es bisher in dem Ursprungsland der Sozialindikatorenbewegung - anders als in vielen europäischen Ländern, aber auch Ländern wie Australien und Kanada - nicht gelungen war, auf der nationalen Ebene eine Sozialberichterstattung und ein regelmäßiges indikatorengestütztes gesellschaftliches Monitoring zu etablieren, wurde man sich nun offenbar dieses Informationsdefizits bewusst: „To be a leading democracy in the information age means producing objective, independent, scientifically grounded, and widely shared quality information on where we are and where we are going, on both an absolute and relative basis, including com-

parisons to other nations“ (U.S. Comptroller General, David A. Walker).

Gegenstand des Forums, an dem über 60 führende Vertreter aus Regierungsstellen, dem Kongress, der Wissenschaft, Bundesbehörden, Verbänden und den Medien teilnahmen, war vor allem die Frage, ob und wie zukünftig ein System von nationalen Schlüsselindikatoren entwickelt werden soll und kann und welche Organisationsformen und Ressourcen dafür benötigt werden. Als Ausgangsbasis für die Initiative wurden auch Indikatoren- und Berichterstattungssysteme aus anderen Ländern diskutiert sowie eine Bestandsaufnahme von vorhandenen U.S. amerikanischen Ansätzen vorgenommen, die es für gesellschaftliche Teilbereiche und einzelne Bevölkerungsgruppen bzw. auch unterhalb der nationalen Ebene bereits gibt. Zudem wurde ein erster Vorschlag für ein zu entwickelndes U.S. Indikatorensystem präsentiert und zur Diskussion gestellt.

Das Forum kam zu dem Ergebnis, dass die Initiative unter breiter gesellschaftlicher Beteiligung fortgesetzt werden soll. Die weiteren Arbeitsschritte sollen von einem National Coordinating Committee geplant und in die Wege geleitet werden, dem neben den Veranstaltern des Forums weitere prominente Organisationen angehören, darunter derzeit die American Association of Universities, der Council for Excellence in Government, The Conference Board, das Office of Management and Budget sowie der White House Council on Environmental Quality. Weitergehende Informationen sind auf der website ‚www.gao.gov/npi/‘ erhältlich, ein ausführlicher Bericht über das Forum findet sich unter ‚www.gao.gov/review/d03672sp.pdf‘.

■ Heinz-Herbert Noll, ZUMA

Tel.: 0621/1246-241

noll@zuma-mannheim.de

Qualität der deutschen Arbeitsplätze im europäischen Vergleich allenfalls Durchschnitt

Analysen zur Wahrnehmung und Bewertung der Arbeitssituation in Deutschland und der EU

Mehr noch als in anderen Ländern stehen Fragen der Arbeitsbedingungen und der Qualität des Arbeitslebens in Deutschland im Schatten der anhaltenden Arbeitsmarktkrise. Seit Jahren konzentriert sich die gesellschaftspolitische Diskussion darauf, wie das weit über dem europäischen Durchschnitt liegende Niveau der Arbeitslosigkeit reduziert und das Beschäftigungswachstum gefördert werden kann: ‚Deregulierung‘ und ‚Senkung der Arbeitskosten‘ sind die Stichwörter, die die arbeitsmarktpolitische Debatte prägen und die nicht selten auf einen Abbau von tariflich vereinbarten Benefits und Einschränkungen früherer Arbeitnehmerrechte abzielen und hinauslaufen. Damit versucht die Politik der mit dem Begriff der Globalisierung bezeichneten Verschärfung der internationalen Wettbewerbsverhältnisse zu begegnen, die auch die deutschen Arbeitnehmer einer zunehmend härteren Konkurrenz auf den Weltmärkten ausgesetzt hat. Es stellt sich zudem die Frage, wie die Rationalisierungsmaßnahmen und Anstrengungen zur Steigerung der Produktivität, mit denen die Wirtschaft auf diese Herausforderungen reagiert hat, aber auch wie der ökonomische und technologische Strukturwandel die Arbeitsbedingungen und das Klima an den Arbeitsplätzen beeinflusst haben. Der vorliegende Beitrag untersucht, wie die Arbeitnehmer in Ost- und Westdeutschland im Vergleich mit den übrigen Mitgliedsländern der EU ihre Arbeitssituation erleben und bewerten, welche Erwartungen sie an ihren Arbeitsplatz richten und wie zufrieden sie mit ihrer Arbeit sind. Diese Fragen waren im Herbst 2001 Gegenstand einer Eurobarometer-Befragung der Europäischen Kommission, auf die sich die hier vorgenommenen Analysen als Datengrundlage stützen¹.

on dort in den vergangenen Jahren besonders positiv entwickelt hat.

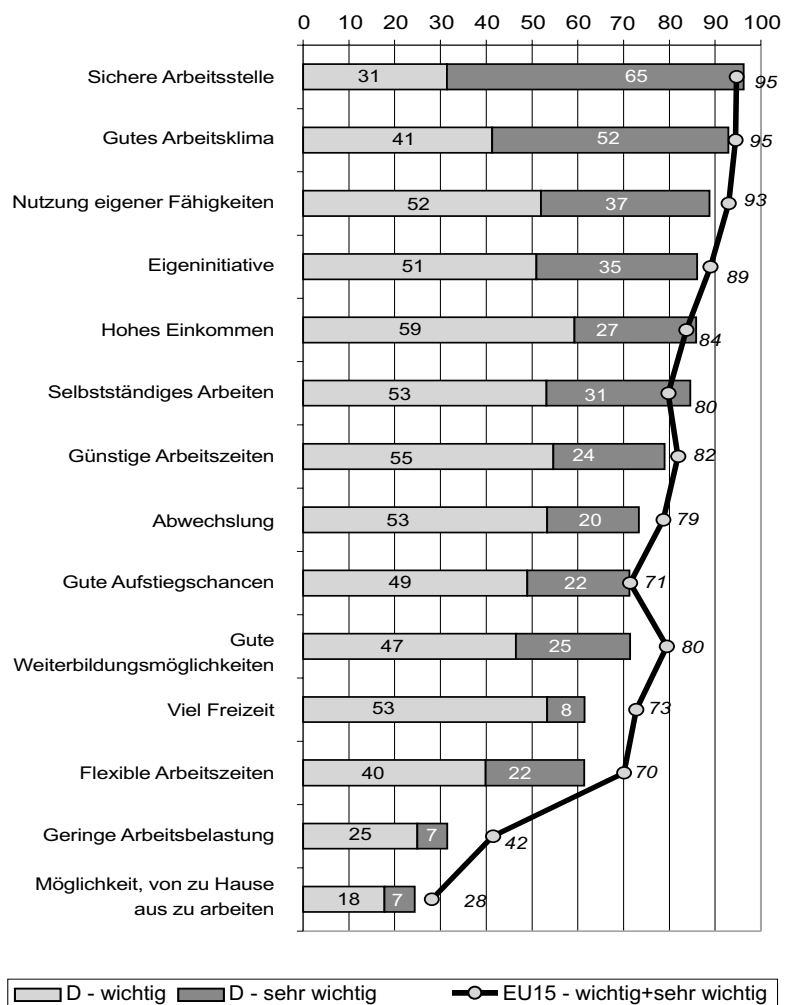
An zweiter Stelle in der Prioritätenliste steht der Aspekt der interpersonellen Beziehungen am Arbeitsplatz und im Betrieb. In Deutschland erachten 93% der abhängig Beschäftigten (EU: 95%) ein gutes Arbeitsklima, d.h. Kollegen, mit denen man gut zusammen arbeiten kann, zumindest als „wichtig“, darunter mehr als 50% (EU: 53%) sogar als „sehr wichtig“. Der Aspekt der sozialen Interaktion am Arbeitsplatz rangiert damit noch vor den Möglichkeiten, die der Job zur Nutzung der individuellen Fähigkeiten und Eigeninitiative bietet. Die Erwartung, dass der Job ein hohes Einkommen bieten sollte, folgt in der Prioritätenliste der deutschen Arbeitnehmer, aber auch der im Europa der EU-15 insgesamt, erst auf dem fünften Rang, deutlich hinter den zuvor genannten Faktoren. Zwar sind es nur 14%

Als Grundlage für eine subjektive Bewertung der tatsächlichen Arbeitsbedingungen ist zunächst von Interesse, welche Ansprüche und Erwartungen die Erwerbstätigen an Beruf und Arbeit richten, d.h. welche Bedeutung sie verschiedenen Aspekten ihres Jobs, ihres Arbeitsverhältnisses und ihrer Arbeitsumgebung beimessen. Aufschlüsse dazu liefert die Frage, wie die Wichtigkeit verschiedener Arbeitsplatzmerkmale für die Wahl einer Stelle beurteilt wird.

Sicherheit des Arbeitsplatzes hat höchste Priorität für Arbeitnehmer in der gesamten EU

Es dürfte vor allem auf die anhaltend prekäre Arbeitsmarktsituation zurückzuführen sein, dass die Erwerbstätigen - nicht nur in Deutschland, sondern auch im Durchschnitt der derzeitigen 15 EU-Mitgliedsländer insgesamt - der Sicherheit des Arbeitsplatzes unter den insgesamt 14 vorgegebenen Merkmalen die mit Abstand höchste Priorität beimessen. Nur einer verschwindenden Minderheit der deutschen Erwerbstätigen von 4% (EU: 5%) erscheint die Sicherheit der Stelle nicht mindestens als wichtig, aber zwei Drittel betrachten sie als „sehr wichtig“ (EU: 59%). Dieser Anteil erreicht in den ostdeutschen Bundesländern, die nach wie vor unter weit überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeitsrisiken leiden, sogar einen Wert von 77%, der in keinem anderen EU-Mitgliedsland erreicht wird. Allenfalls in Griechenland genießt die Sicherheit des Arbeitsplatzes einen annähernd hohen Stellenwert wie in Ostdeutschland. Länder, in denen der Sicherheit des Arbeitsplatzes eine unterdurchschnittliche Priorität beigemessen wird, sind insbesondere Dänemark, die Niederlande und Schweden, was nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen sein dürfte, dass sich die Arbeitsmarktsituati-

Graphik 1: Wichtigkeit verschiedener Kriterien bei der Auswahl einer Stelle



Datenbasis: Eurobarometer 56.1 (2001), nur abhängig Beschäftigte.

Antwortkategorien: ganz und gar unwichtig, weder wichtig noch unwichtig, wichtig, sehr wichtig.

der Erwerbstätigen in Deutschland, die diesen Aspekt überhaupt nicht als wichtig einstufen (EU: 16%), aber der Anteil derjenigen, die das Einkommen als sehr wichtig erachten, liegt mit 27% (EU: 32%) deutlich unter den entsprechenden Anteilen für Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsklima. Auch ‚günstige Arbeitszeiten‘ nehmen in der Priorität der Arbeitnehmer lediglich einen mittleren Rang ein. Dabei sind günstige Arbeitszeitregelungen, die für die Mehrzahl der Erwerbstätigen von Bedeutung sind, um die Anforderungen in Beruf und Privatleben in Einklang zu bringen, keineswegs gleichbedeutend mit einer ausgeprägten Freizeitorientierung. Die Vorstellung, dass ein Job viel Freizeit mit sich bringen sollte, ist zwar nicht völlig unbedeutend, aber letztlich doch zweitrangig: Gut 60% der deutschen Erwerbstätigen erachten diesen Aspekt des Jobs als wichtig, aber nur 8% als sehr wichtig. Dass der Job viel Raum für Freizeit lässt, ist daher ein Kriterium, das entgegen manchen Erwartungen in Deutschland eine geringere Bedeutung hat als im Durchschnitt der EU-Länder, wo es immerhin 22% für „sehr wichtig“ erachten.

In den Ansprüchen und Erwartungen, die die Arbeitnehmer an ihren Job und Arbeitsplatz richten, weichen die Deutschen im großen und ganzen nicht wesentlich vom Durchschnitt der derzeitigen EU Mitgliedsländer ab. Zudem weisen die Beurteilungen im Vergleich der verschiedenen Länder insgesamt eine beachtliche Ähnlichkeit auf und variieren nur in geringem Maße.

Deutsche Arbeitnehmer beurteilen Qualität des Arbeitsplatzes schlechter als der EU-Durchschnitt

Vor dem Hintergrund der Bedeutung, die den verschiedenen Job- und Arbeitsplatzmerkma-

len allgemein zugeschrieben wird, stellt sich die Frage, wie die Situation am eigenen Arbeitsplatz gesehen und bewertet wird. Wie erleben die Deutschen ihren Job und ihre Arbeitsbedingungen im Vergleich zu den übrigen Europäern? Dazu ist zunächst festzustellen, dass mehr als zwei von drei deutschen Arbeitnehmern ihre Berufstätigkeit interessant finden. Gleichwohl liegt dieser Anteil leicht unter dem EU-Durchschnitt. Häufiger als alle anderen Europäer betrachten die Dänen (91%), Finnen (85%) und Luxemburger (86%) ihren Job als interessant. Auch was die Sicherheit des Arbeitsplatzes angeht, zeigt sich, dass die Beurteilung der deutschen Arbeitnehmer negativ vom EU-Durchschnitt abweicht: Gegenüber 69% der EU-Arbeitnehmer, gehen 64% der abhängig Beschäftigten in Deutschland davon aus, dass ihr Arbeitsplatz mehr oder weniger sicher ist, darunter sind allerdings nur 25%, die davon voll und ganz überzeugt sind. Fast jeder dritte deutsche Arbeitnehmer zweifelt daran, dass der eigene Arbeitsplatz sicher ist, in Ostdeutschland sogar mehr als jeder zweite. Im Vergleich der EU Länder am günstigsten beurteilen die Arbeitnehmer in Dänemark und in den Niederlanden die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Auch hinsichtlich der Einschätzungen, dass die eigene Tätigkeit ständiges Dazulernen erfordert, dass die Position die Beteiligung an Entscheidungen ermöglicht und man bei starkem Arbeitsdruck Unterstützung durch das Management erhält, bleiben die Werte der deutschen Arbeitnehmer hinter dem EU-Durchschnitt zurück. Zudem hat man in Deutschland offenbar seltener gute Freunde am Arbeitsplatz als das in den anderen Ländern - insbesondere Dänemark, Nordirland oder Finnland - der Fall ist. Diese verschiedenen Elemente fügen sich insgesamt zu einem

Bild zusammen, demzufolge bestimmte Tätigkeits- und Arbeitsplatzmerkmale, aber auch Organisations- und Managementkulturen, die wesentlich zur Qualität des Arbeitslebens beitragen, in Deutschland weniger ausgeprägt und entwickelt sind als in anderen europäischen Ländern.

Allerdings werden auch Belastungsaspekte, wie die Einschätzung, dass der eigene Beruf sehr harte Arbeit verlangt und mit häufigem Termindruck verbunden ist, sowie die Empfindung, zu wenig Zeit zu haben, die Arbeit zu erledigen, von den deutschen Arbeitnehmern seltener genannt als im EU-Durchschnitt. Ob daraus der - nicht ganz fernliegende - Schluss gezogen werden kann, dass in anderen Ländern mittlerweile härter gearbeitet wird als in Deutschland, muss allerdings dahingestellt bleiben.

Steigende Arbeitsanforderungen und -belastungen, aber auch anspruchsvollere und vielseitigere Tätigkeiten

Die Beantwortung der Frage, welche Veränderungen die Beschäftigten wahrnehmen, wenn sie ihre derzeitige Arbeitsplatzsituation mit der vor fünf Jahren vergleichen, kann zumindest Hinweise darauf geben, ob und wie sich in den vergangenen Jahren Strukturwandel, Rationalisierungsmaßnahmen und Entscheidungen der Tarif- und Arbeitsmarktpolitik auf die Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen ausgewirkt haben. Dafür dass die Arbeitsintensität sowie die Belastungen und Anforderungen an die Beschäftigten zugenommen haben, spricht, dass fast jeder zweite Arbeitnehmer in Deutschland die Zunahme von Stress (44%) und des geforderten

Tabelle 1: Arbeitsbedingungen und Tätigkeitsmerkmale

	Deutschland		EU-15	
	Überwiegend zutreffend ¹	Voll und ganz zutreffend ¹	Überwiegend zutreffend ¹	Voll und ganz zutreffend ¹
Arbeit ist interessant	39	29	36	37
Arbeitsplatz ist sicher	39	25	36	33
Gute Freunde am Arbeitsplatz	40	24	39	38
Arbeit ist abwechslungsreich	36	26	33	30
Ständiges Dazulernen erforderlich	31	21	32	31
Beteiligung an Entscheidungsfindung	30	19	32	24
	Zustimmung ²	Starke Zustimmung ²	Zustimmung ²	Starke Zustimmung ²
Einfluss auf Art und Weise, wie Aufgaben erfüllt werden sollen	47	17	42	25
Beruf verlangt, sehr hart zu arbeiten	46	15	43	23
Unterstützung durch Management bei starkem Arbeitsdruck	28	13	32	19
Arbeit unter Termindruck	31	10	36	16
Großer Einfluss darauf, welche Aufgaben zu erledigen sind	24	8	32	17
Zu wenig Zeit, um Aufgaben zu erledigen	25	7	28	13

Datenbasis: Eurobarometer 56.1 (2001); nur abhängig Beschäftigte.

¹ Frage: Hier ist eine Liste von Aussagen zu Ihrer gegenwärtigen Tätigkeit. Sagen Sie mir bitte für jede Aussage, ob sie voll und ganz zutrifft, etwas zutrifft, überwiegend zutrifft oder überhaupt nicht zutrifft.

² Frage: Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen über Ihre Arbeit zu? Sagen Sie mir bitte, ob Sie sehr zustimmen, zustimmen, ob Sie weder zustimmen noch ablehnen, ob Sie ablehnen oder sehr ablehnen.

Tabelle 2: Wahrgenommene Veränderungen der heutigen Tätigkeit im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren

	Deutschland		EU-15	
	Deutliche Abnahme	Deutliche Zunahme	Deutliche Abnahme	Deutliche Zunahme
Sicherheit des Arbeitsplatzes	24	18	14	28
Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung	15	22	10	29
Kontrolle über die Arbeit	11	21	12	23
Vielfalt der Aufgaben	7	51	7	45
Geforderter Arbeitseinsatz	7	48	8	42
Stress	7	44	9	41
Grad der Qualifikationsanforderungen	6	42	6	45
Verantwortung	5	46	5	48

Datenbasis: Eurobarometer 56.1 (2001); nur abhängig Beschäftigte.

Frage: Ich möchte Sie nun bitten, Ihre jetzige Tätigkeit mit der zu vergleichen, die Sie vor fünf Jahren ausgeübt haben (auch wenn es damals die gleiche Arbeit war). Haben die folgenden Dinge Ihrer Meinung nach im Vergleich zu vor fünf Jahren deutlich zugenommen, deutlich abgenommen, oder sind sie mehr oder weniger gleich geblieben?

die mit historischen Erfahrungen zusammenhängenden Unterschiede in gesellschaftlichen Wert- und Normstrukturen gezählt, von denen abhängt, „wie offen die Menschen Unglück und Unzufriedenheit ... zeigen dürfen“ (Inglehart 1989: 305) bzw. wie stark in diesem Fall beruflicher Erfolg und Zufriedenheit mit der Arbeit normativ gefordert werden.

Arbeitnehmer mit ihren Aufstiegschancen am wenigsten zufrieden

Betrachtet man die Zufriedenheit mit den verschiedenen - insgesamt 14 vorgegebenen - Job- und Arbeitsplatzmerkmalen im einzelnen, so zeigt sich, dass die Arbeitnehmer in Deutschland, aber auch in der gesamten Union, mit dem Verhältnis zum Vorgesetzten am zufriedensten und mit den Aufstiegschancen am wenigsten zufrieden sind. Während die geringe Zufriedenheit mit den Aufstiegschancen - zumindest für Deutschland - mit früheren Befunden übereinstimmt, ist die vergleichsweise hohe Zufriedenheit mit dem Verhältnis zum Vorgesetzten eher überraschend. Zwar liegen über die Verbreitung von Konflikten zwischen Arbeitnehmern und ihren Vorgesetzten für die EU-Länder keine repräsentativen Informationen vor, aber frühere Studien haben gezeigt, dass Störungen in diesem Verhältnis von den Arbeitnehmern als außerordentlich belastend empfunden werden und die Arbeitszufriedenheit insgesamt nachhaltig beeinträchtigen (Noll/Weick 1997). Die verbreitete Unzufriedenheit mit den Aufstiegschancen ist zweifellos darauf zurückzuführen, dass die Häufigkeit von Aufstiegen und Beförderungen in den Büros und Betrieben weit hinter den Erwartungen der Arbeitnehmer zurückbleibt und damit zu Frustration und Enttäuschungen führt: Weniger als ein Drittel (D: 29%; EU: 33%) der befragten Arbeitnehmer gab an, beim derzeitigen Arbeitgeber in eine höhere Position aufgestiegen zu sein. Arbeitnehmer, die einen Aufstieg erlebt haben, sind in Deutschland mit einem Wert von 5,0 erheblich zufriedener mit ihren Aufstiegschancen als diejenigen, bei denen das nicht der Fall war (3,9).

Andere Aspekte des Arbeitsplatzes und der ausgeübten Tätigkeit, mit denen die Arbeitnehmer in Deutschland und der gesamten Union weniger zufrieden sind, sind die Fortbildungsmöglichkeiten, die Kreativitätsspielräume, die die Tätigkeit bietet, Chancen der beruflichen Weiterentwicklung und die Bezahlung. Vergleichsweise hoch ist die Zufriedenheit dagegen erstaunlicherweise auch mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes sowie mit der Möglichkeit, die eigenen Fähigkeiten einzusetzen und die Arbeitsziele zu erreichen. Im Hinblick auf die Zufriedenheit mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes mag eine Rolle spielen, dass Vergleiche mit Kollegen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, die eigene Situation relativ günstig erscheinen lassen.

Wie im Falle der allgemeinen Arbeitszufriedenheit weisen die dänischen und holländischen Arbeitnehmer auch bei der Zufriedenheit mit den einzelnen Job- und Arbeitsplatz-

Arbeitseinsatzes (48%) berichtet. Jeder fünfte (21%) glaubt zudem, die Kontrolle über die Arbeit sei intensiver geworden. Auf der anderen Seite ist die Arbeit für einen großen Teil der Beschäftigten aber offenbar zugleich auch anspruchsvoller und vielseitiger geworden: 51% berichten eine zunehmende Vielfalt der Aufgaben, 46% eine gestiegene Verantwortung und 42% nehmen auch eine Zunahme der Qualifikationsanforderungen wahr. Die Einschätzungen der deutschen Arbeitnehmer unterscheiden sich damit nur unwesentlich vom EU-Durchschnitt; lediglich bei der Zunahme von Stress und der Vielfalt der Arbeitsaufgaben liegen die Angaben der deutschen Beschäftigten geringfügig über dem europäischen Durchschnitt, bei der Wahrnehmung gesteigerner Fort- und Weiterbildungsanforderungen leicht darunter.

Die Sicherheit des Arbeitsplatzes hat sich aus der Sicht der deutschen Arbeitnehmer allerdings wesentlich ungünstiger entwickelt als im europäischen Durchschnitt: Während in der Europäischen Union insgesamt lediglich jeder sechste Arbeitnehmer glaubt, die Sicherheit seines Arbeitsplatzes hätte sich im Verlauf der vergangenen fünf Jahre verringert, ist es in Deutschland jeder vierte. Das ist vor allem auf die Beurteilung der ostdeutschen Arbeitnehmer zurückzuführen, die mit 42% wesentlich häufiger eine Verschlechterung der Arbeitsplatzsicherheit registrieren als ihre westdeutschen Kollegen (19%). Überdurchschnittlich positiv wird die Veränderung der Sicherheit des Arbeitsplatzes im Unterschied dazu in Portugal und in den Niederlanden wahrgenommen.

Arbeitszufriedenheit am höchsten in Dänemark und den Niederlanden, am niedrigsten in Italien und Frankreich

Die Zufriedenheit mit der Arbeit - als einem für den größten Teil der Bevölkerung zentralen und einen erheblichen Teil der gesamten erlebten Zeit beanspruchenden Bereich des Lebens - ist auch für das allgemeine subjektive Wohlbefinden und die Lebensqualität insgesamt von nachhaltiger Bedeutung. Aber

nicht nur aus der Perspektive von Wohlfahrt und Lebensqualität, sondern auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht kommt der Arbeitszufriedenheit ein hoher Stellenwert zu, wenn man - wie in der Organisationspsychologie - davon ausgeht, dass zufriedene Mitarbeiter auch motivierter und produktiver sind (Weinert 1998: 194ff).

Arbeitszufriedenheit kann als das Ergebnis eines in erster Linie kognitiven Bewertungsprozesses verstanden werden, in dem die Beschäftigten die mit der eigenen Berufsposition und dem konkreten Arbeitsplatz zusammenhängenden Bedingungen und Umstände an ihren individuellen Ansprüchen und Erwartungen messen. Neben der allgemeinen Arbeitszufriedenheit als Indikator für eine summarische Bewertung der gesamten Arbeitssituation sind dabei vor allem auch die Zufriedenheitsbewertungen einzelner Aspekte des Jobs und der Arbeitsbedingungen von Interesse.

Gemessen auf einer von 1 (völlig unzufrieden) bis 7 (völlig zufrieden) reichenden Skala ergibt sich für die allgemeine Arbeitszufriedenheit der Arbeitnehmer in Deutschland ein Wert von 5,2. Dies entspricht genau dem Durchschnitt aller EU-Arbeitnehmer. Dänemark und die Niederlande weisen mit einem Wert von 5,6 die höchste, Italien und Frankreich mit 4,7 die niedrigste Arbeitszufriedenheit in der EU auf. Das gilt fast durchgängig in ähnlicher Weise auch für die Zufriedenheit mit einzelnen Jobmerkmalen und Aspekten der Arbeitssituation. Dieses Muster vergleichsweise hoher Zufriedenheitsniveaus in den skandinavischen und nordwest-europäischen Ländern sowie niedriger Zufriedenheitsniveaus in den südeuropäischen Ländern - einschließlich Frankreich - entspricht weitgehend den Befunden anderer komparativer Analysen des subjektiven Wohlbefindens in Europa². Offenbar spielen bei der Zufriedenheitsbewertung neben den faktischen Unterschieden in den Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsbedingungen sowie Unterschieden in den Ansprüchen und Erwartungen an die Arbeit auch kulturelle Faktoren eine Rolle. Dazu werden z.B.

merkmalen jeweils die Bestwerte auf, während die niedrigsten Werte - mit einer Ausnahme - jeweils auf südeuropäische Länder oder Frankreich entfallen. Die Ausnahme betrifft die Sicherheit des Arbeitsplatzes, mit der die ostdeutschen Arbeitnehmer innerhalb der EU am wenigsten zufrieden sind.

Im Hinblick auf die Frage, wie die Veränderung der Arbeitszufriedenheit in den vergangenen fünf Jahren wahrgenommen wird, ist bemerkenswert, dass die Arbeitnehmer in Deutschland (20%) weitaus seltener Verbesserungen der Arbeitszufriedenheit berichten als das im EU-Durchschnitt (34%) der Fall ist. Wird zudem berücksichtigt, dass 15% der Befragten auch eine Verschlechterung wahrnehmen, fällt die Bilanz insgesamt wenig positiv aus. Am häufigsten glauben die Arbeitnehmer in den Niederlanden (46%), Dänemark (43%) und Portugal (40%), dass sich ihre Arbeitszufriedenheit in den letzten fünf Jahren erhöht hätte. Auch die griechischen und irischen Ar-

beitnehmer berichten überdurchschnittlich häufig Verbesserungen ihrer Arbeitszufriedenheit.

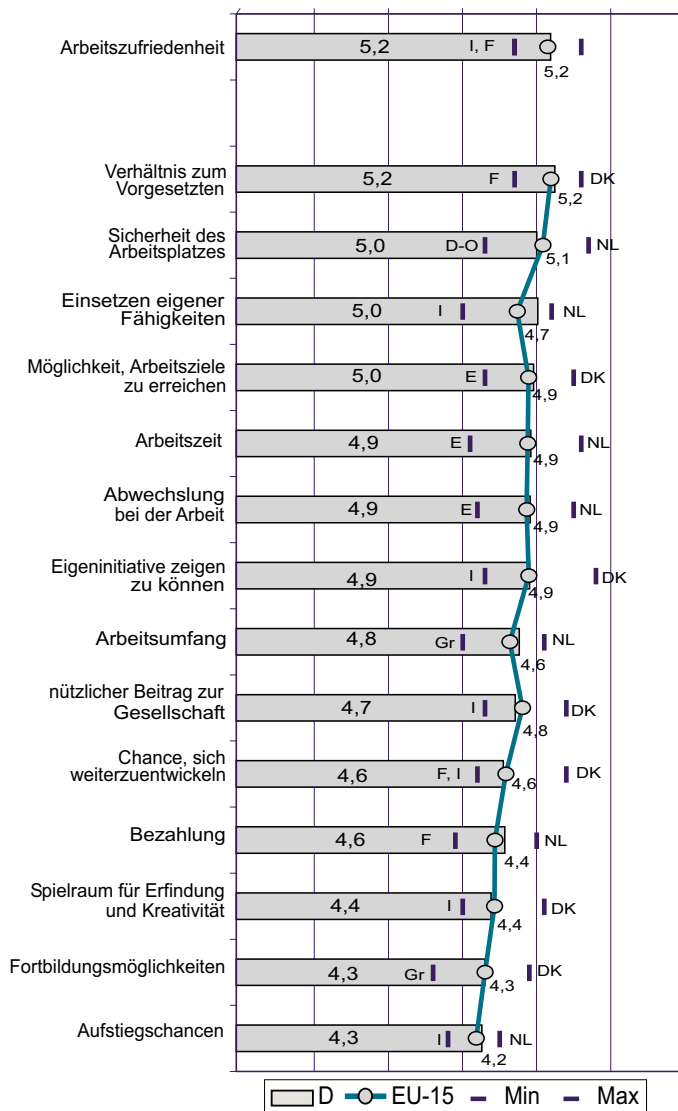
Um die Frage zu beantworten, von welchen Faktoren die Arbeitszufriedenheit beeinflusst wird und worauf die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern zurückzuführen sind, wurden verschiedene multivariate Regressionsanalysen durchgeführt. Aus den Resultaten ergibt sich zunächst, dass die gefundenen Länderunterschiede in der Arbeitszufriedenheit nicht auf Effekte der unterschiedlichen Beschäftigungsstruktur - wie z.B. unterschiedlicher Niveaus der Frauenerwerbstätigkeit oder einer differentiellen Verteilung der Erwerbstätigen auf berufliche Stellungen oder Branchen - zurückzuführen sind. Merkmale der Beschäftigungsstruktur wirken sich in der Regel nicht oder nur schwach auf die allgemeine Arbeitszufriedenheit aus, wobei der Zusammenhang in Westdeutschland, Luxemburg und Portugal etwas stärker ist als in den

übrigen Ländern. In Westdeutschland hat insbesondere die Zugehörigkeit zum mittleren Management einen starken positiven Effekt auf die Arbeitszufriedenheit. Darüber hinaus ist auch ein Einfluss der Geschlechtszugehörigkeit in der Form zu beobachten, dass Frauen mit ihrer Arbeit zufriedener sind als ihre männlichen Kollegen, wenn man die unterschiedliche Verteilung auf mehr oder weniger attraktive Berufspositionen kontrolliert³.

Von den oben betrachteten Tätigkeitsmerkmalen wirken sich am stärksten auf die allgemeine Arbeitszufriedenheit aus, ob die Arbeit als interessant empfunden wird, ob die Tätigkeit Entscheidungsspielräume bietet und die Arbeitnehmer sich durch das Management unterstützt sehen. Positiv beeinflusst wird die Arbeitszufriedenheit darüber hinaus auch durch einen als sicher angesehenen Arbeitsplatz und durch die Tatsache, dass man unter den Kollegen Freunde hat. Beeinträchtigt wird die Arbeitszufriedenheit vor allem in Ostdeutschland durch die Wahrnehmung einer gestiegenen Unsicherheit des Arbeitsplatzes, in Westdeutschland durch die Wahrnehmung von zunehmendem Stress.

In der Zusammenschau der verschiedenen Ergebnisse wird deutlich, dass Deutschland - was die Beurteilung der Qualität der Arbeitsplätze aus der Sicht der Arbeitnehmer angeht - im europäischen Vergleich in so gut wie keiner der betrachteten Einzeldimensionen Spitzenplätze einnimmt. Die skandinavischen Länder und die Niederlande schneiden fast durchgängig am besten ab, während die deutschen Arbeitnehmer der Qualität ihrer Arbeitsplätze zumeist allenfalls Durchschnittswerte bescheinigen.

Graphik 2: Allgemeine Arbeitszufriedenheit und Zufriedenheit mit einzelnen Arbeitsplatzmerkmalen



Datenbasis: Eurobarometer 56.1 (2001), nur abhängig Beschäftigte. Arithmetisches Mittel auf einer Skala von 1 „völlig unzufrieden“ bis 7 „völlig zufrieden“.

1 Der Datensatz ist über das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA-Nr. 3626) erhältlich. Einen Überblick über verschiedene Resultate der Eurobarometer Umfrage 56.1 bietet der Report von Gallie und Paugam (2002). Für eine detaillierte Analyse einzelner Aspekte auf der Basis von Eurobarometerdaten des Jahres 1996 vgl. Gallie (2003).

2 Vgl. dazu u.a. Christoph/Noll (2003).

3 Der Befund, dass Frauen mit ihrer Arbeit teilweise zufriedener sind als Männer, obwohl sie ja häufig in weniger attraktiven Positionen und unter weniger vorteilhaften Bedingungen arbeiten, wird in der Literatur als „gender paradox“ der Arbeitszufriedenheit diskutiert. Vgl. dazu insbesondere Clark (1997), sowie Sousa-Poza/Sousa-Poza (2000), die allerdings zu dem Ergebnis kommen, dass ein „gender-paradox“ der Arbeitszufriedenheit im internationalen Vergleich die Ausnahme darstellt und in dieser Form nur in einigen angelsächsischen Ländern nachweisbar ist.

Christoph, Bernhard, Noll, Heinz-Herbert, 2003: Subjective Well-Being in the European Union during the 90ies. In: Vogel, Joachim (ed.): European Welfare Production: Institutional Configuration

and Distributional Outcome (Special Issue of 'Social Indicators Research'). Im Erscheinen.

Clark, Andrew E., 1997: *Job Satisfaction and Gender: Why are Women so Happy at Work?* *Labour Economics*, 4: 341-372.

Gallie, Duncan, 2003: *The Quality of Working Life: Is Scandinavia Different?* *European Sociological Review*, Vol. 19, No. 1: 61-79.

Gallie, Duncan, Paugam, Serge, 2002: *Social Precarity and Social Integration. Report for the European Commission. Directorate-*

General Employment. Eurobarometer 56.1. Brussels.

Inglehart, Ronald 1989: *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt a.M./New York: Campus.*

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 1997: *Starke Beeinträchtigung der Arbeitszufriedenheit durch Konflikte mit Vorgesetzten. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 18: 10-14.*

Weinert, Ansfried B., 1998: *Organisationspsychologie. 4. Auflage. Weinheim: Beltz.*

Sousa-Poza, Alfonso, Sousa-Poza, Andrés A., 2000: *Taking Another Look at the Gender Job-Satisfaction Paradox. KYKLOS, Vol. 53 : 135-152.*

Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, ZUMA

Tel.: 0621/1246-241, -245
noll@zuma-mannheim.de
weick@zuma-mannheim.de

Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung

Buchvorstellung

Im Oktober 2002 ist die dritte, stark überarbeitete Auflage des Bandes „Die Sozialstruktur Deutschlands“ von Rainer Geißler erschienen. Ein zentrales Anliegen der neuen Auflage besteht darin, die Folgen des ostdeutschen Transformationsprozesses auf die Sozialstruktur besonders zu berücksichtigen und dabei zugleich eine „vorläufige Bilanz der deutschen Vereinigung“ zu ziehen.

Bereits bei den ersten beiden Auflagen dieses Bandes handelte es sich nicht nur um eine Standardlektüre für Sozialstrukturveranstaltungen an Universitäten - auch in Schulbücher oder in weitere Bereiche der politischen Bildung sind die Inhalte des Lehrbuchs von Rainer Geißler eingegangen und haben damit eine ungewöhnlich starke Verbreitung weit über das Fachpublikum hinaus gefunden.

Nach einer kurzen Auseinandersetzung mit dem Begriff „Sozialstruktur“ steht zunächst der Aufbau der Bevölkerung im Mittelpunkt. Dargestellt werden in diesem Zusammenhang die Geburtenentwicklung, die Sterblichkeit, Wanderungen und Altersstruktur. Dabei werden auch Kennziffern wie die absolute Geburtenziffer oder die Fruchtbarkeitsrate knapp und prägnant erläutert und somit die Vielzahl quantitativer Informationen auch für Lernende verständlich gemacht. Demographische Entwicklungen, insbesondere der Trend zur Alterung der Bevölkerung, werden im Hinblick auf die Folgen für das System der Sozialen Sicherung diskutiert. Die materiellen Lebensbedingungen, mit dem Schwerpunkt Einkommens- und Vermögensverteilung, sind Gegenstand des folgenden Themenbereichs. In diesem Zusammenhang wird auch das Wohlstandsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland thematisiert und durch international vergleichende Darstellungen ergänzt. Es folgen Konzepte und Daten zu sozialen Klassen, Schichten, sozialen Lagen und sozialen Milieus. Hier stellt der Autor die bestimmenden Ansätze in der deut-

schen Diskussion vor, präsentiert neue Quantifizierungen und setzt sich kritisch mit der neueren Ungleichheitsforschung auseinander. Als weitere Themenbereiche folgen Eliten, Berufsgruppen, Dienstleistungs- und Arbeiterschichten.

Benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft finden ebenfalls Berücksichtigung. Es werden in diesem Zusammenhang Konzepte und Daten zu Armut, Obdachlosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit präsentiert. Ostdeutsche Besonderheiten, gerade im Hinblick auf die Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt, werden gesondert aufgegriffen und bewertet. Auch ethnische Minderheiten werden in die Betrachtung einbezogen. Neben den Phasen der Zuwanderungspolitik werden hier auch die soziale Lage und die Integration von Migranten behandelt. Die weiteren Kapitel des Bandes thematisieren soziale Mobilität, Bildung, Ungleichheit zwischen Männern und Frauen sowie private Lebensformen. Im letzten Kapitel diskutiert der Autor zusammenfassend Entwicklungstrends in West- und Ostdeutschland aus der Perspektive der Modernisierungstheorie. Vielfältige Verweise auf Forschungsarbeiten und ein umfangreiches Literaturverzeichnis bieten Möglichkeiten für eine weitergehende Beschäftigung mit einzelnen Themenbereichen. Ein Sachwortverzeichnis unterstützt die Funktion des Buches als Nachschlagewerk. Mit dieser Neuauflage nach sechs Jahren wird die sozialstrukturelle Entwicklung Deutschlands einem breiten Nutzerkreis in aktueller und erweiterter sowie auch verständlicher Form präsentiert. Die gelungene Darstellungsform mit der Kombination von empirischen Daten und der Erläuterung zentraler soziologischer Begriffe machen diesen Band zu einem wichtigen sozialwissenschaftlichen Studienbuch, das auch weit über die universitäre Ausbildung hinaus Interessenten an sozialstrukturellen Entwicklungen anspricht und vor allem auch neues Interesse weckt.

Buchhandelsausgabe:

Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. 3., grundlegend überarbeitete Auflage. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, 2002, ISBN 3-531-32923-5, Preis : EUR 26,90.*

Ausgabe in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (Band 384) Bestellnr. 1384, Bereitstellungspauschale: EUR 2,00.

Internet: <http://www.bpb.de>

Stefan Weick, ZUMA

0621/1246-245
weick@zuma-mannheim.de



Lebensqualität von Kinderlosen im Alter geringer

Verteilungen und Determinanten der Lebensqualität im Alter im internationalen Vergleich

Die Alterung der Gesellschaft wird die Bedingungen des menschlichen Zusammenlebens grundlegend ändern. Auch werden alternde Gesellschaften neue, zum Teil noch gar nicht absehbare, politische und wirtschaftliche Herausforderungen zu bestehen haben: „Alter“ und „Altern“ gelten als ein gesellschaftliches Zukunftsthema und geraten zunehmend in das Blickfeld der wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit. Vor allem das höhere Lebensalter hat sich als eine eigenständige Lebensphase herausgebildet - gekennzeichnet einerseits durch neue biographische Entwürfe und Formen sozialer Beteiligung, andererseits aber auch geprägt durch Krankheit, Hilfebedürftigkeit und Tod. Mit der Verlängerung der Lebenserwartung bekommt auch die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten, unter denen Autonomie und Lebensqualität im höheren Lebensalter aufrechterhalten werden, eine neue Bedeutung. Dabei ist auch über Zielgrößen zu diskutieren: Lebensqualität muss als Maß des Erfolgs sozialpolitischer Intervention verstanden und thematisiert werden, und zwar vor dem Hintergrund der Frage nach der Finanzierbarkeit sozialstaatlicher Leistungen und der Effizienz verschiedener Alternativen.

zustand. Aber auch in den Bereichen psychische Gesundheit und soziale Beziehungen fällt ein Großteil der Bewertungen positiv aus. Der Anteil der Personen mit (sehr) niedrigen oder mittleren Zufriedenheitswerten ist im Bereich der sozialen Beziehungen am höchsten (knapp 25 Prozent). Allerdings liegt auch hier der Anteil von Personen, die schlechte oder gar sehr schlechte Werte aufweisen, wie in allen anderen Bereichen, bei weniger als 4 Prozent.

Lebensqualität im höheren Alter geringer als bei Jüngeren

Betrachtet man die vier Bereiche der Lebensqualität für verschiedene Altersgruppen (vgl. Graphik 2) so findet man je nach Bereich mehr oder weniger ausgeprägte Unterschiede. Am stärksten sind die Altersunterschiede im Bereich der subjektiven physischen Gesundheit: Während in der jüngsten Altersgruppe (25-34 Jahre) die Werte bei etwa 95 Prozent der Befragten hoch oder sehr hoch ausfallen (und nur bei einem Prozent niedrig oder sehr niedrig), äußern sich bei den über 85-Jährigen nur noch etwa 40 Prozent sehr positiv oder positiv (und umgekehrt geben bei den ältesten Befragten etwa 15 Prozent niedrige oder sehr niedrige Werte an). Ähnlich starke Unterschiede finden sich bei der Zufriedenheit mit den sozialen Beziehungen sowie bei der allgemeinen Lebensqualität. Weniger stark ausgeprägt sind Altersunterschiede im Bereich der psychischen Gesundheit: Hier ist auch die älteste Altersgruppe (85 und mehr Jahre) in der Mehrheit (nahezu 60 Prozent) zufrieden oder sehr zufrieden. Im Bereich der Zufriedenheit mit Umweltbedingungen sind Altersunterschiede dagegen so gut wie gar nicht ausgeprägt. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass - trotz wahrnehmbarer Altersunterschiede - nur relativ wenige Personen (maximal 15 Prozent) eine niedrige oder sehr niedrige subjektive Lebensqualität aufweisen.

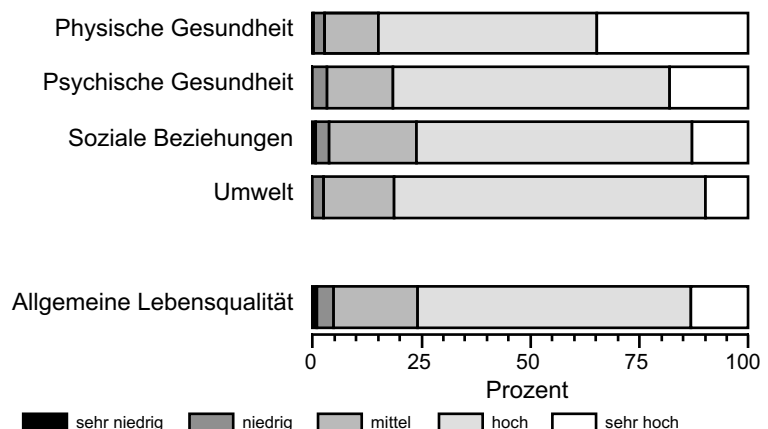
Der vorliegende Beitrag untersucht die Verteilung der Lebensqualität und einige ihrer Determinanten. Im Zentrum der Analysen steht dabei Deutschland, das anderen Gesellschaften - Norwegen, England, Spanien und Israel - mit unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Systemen gegenübergestellt wird. Während das deutsche (konservativ-korporatistische) Wohlfahrtsstaatssystem vor allem durch Versicherungspflicht und -leistung charakterisiert ist, basiert das norwegische (sozialdemokratische) System auf dem Prinzip der Leistung aufgrund von Bürgerrechten und das britische (marktliberale) System auf Wohlfahrtsunterstützung nach Bedürftigkeitsprüfung. Das spanische (mediterrane) System ist durch traditionelle Familienorientierung bei gleichzeitig raschem Wandel gesellschaftlicher Strukturen geprägt, während das israelische (gemischte) System durch große Heterogenitäten bei starker Unterstützung von Migranten und Migrantinnen geprägt ist.

Angesichts der Charakteristika dieser Gesellschaften ist anzunehmen, dass die Familie und familiäre Unterstützung vor allem in Norwegen eine geringere Bedeutung für die Lebensqualität im Alter haben dürfte als in stärker familialistischen Gesellschaften wie Deutschland oder insbesondere Spanien oder in Gesellschaften mit nur residualen wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssystemen wie England. Zugleich ist zu fragen, ob in entwickelten Wohlfahrtsstaaten tatsächlich eine höhere Lebensqualität und eine geringere Ungleichheit als in Gesellschaften mit weniger ausgeprägten Sicherungsinstitutionen zu finden ist. Die den Analysen zugrunde liegenden Daten entstammen dem Forschungsprojekt OASIS „Old Age and Autonomy: The Role of Service Systems and Intergenerational Family Solidarity“ (<http://oasis.haifa.ac.il>), das zwischen 2000 und 2003 durchgeführt und von der Europäische Kommission gefördert wurde (QLK6-CT-1999-02182). Die Ergebnisse sind repräsentativ für die städtische Bevölkerung (Deutschland: Gemeinden über 100.000 Einwohnern) im Alter ab 25 Jahren.

Hohe subjektive Lebensqualität in Deutschland

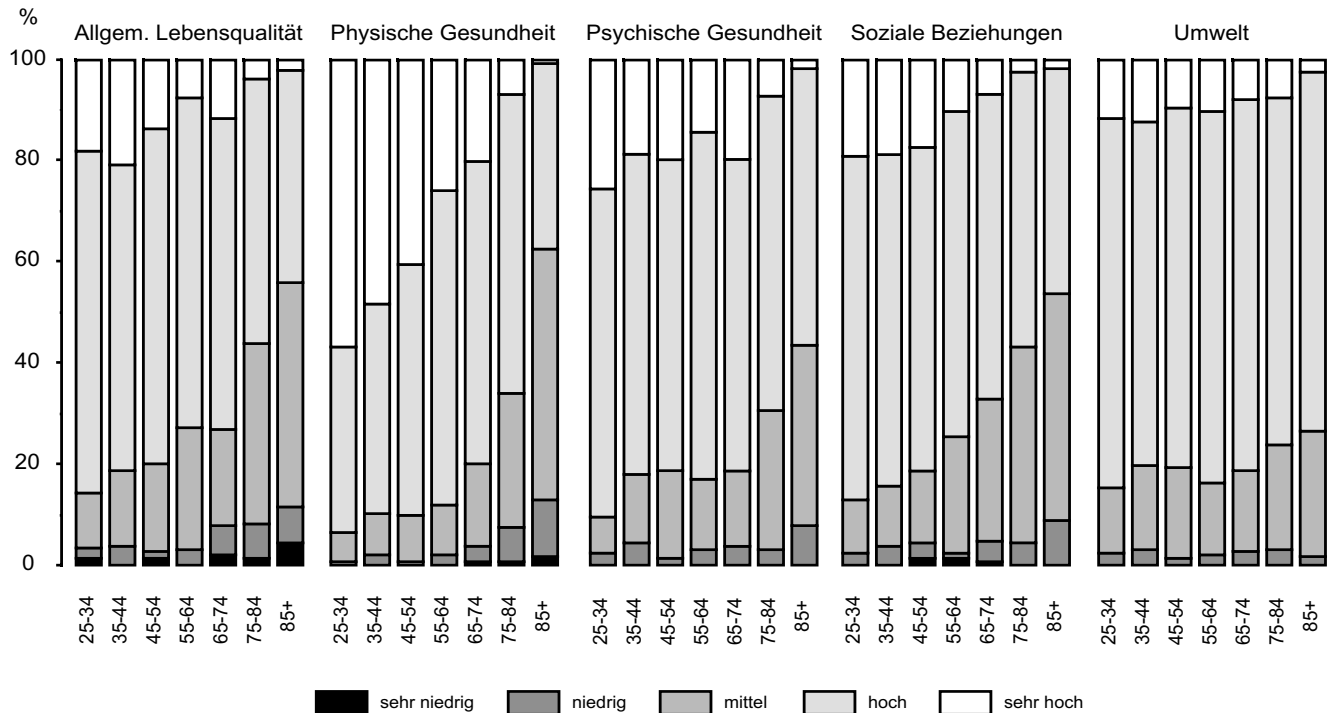
Die subjektive Lebensqualität in Deutschland erweist sich - gemessen mit dem Instrument WHOQOL-Bref der Weltgesundheitsorganisation¹ - als hoch: rund 75 Prozent der in Großstädten lebenden Deutschen über 25 Jahren berichten eine hohe oder sogar sehr hohe Lebensqualität (vgl. Graphik 1). Die hohe allgemeine Lebenszufriedenheit korrespondiert mit den Angaben in den einzelnen Lebensbereichen: Subjektive physische Gesundheit, psychische Gesundheit, Zufriedenheit mit sozialen Beziehungen sowie Zufriedenheit mit Umweltbedingungen (hierunter sind im Instrument der WHO abweichend von der in Deutschland geläufigen Definition neben dem räumlichen Umfeld und etwaigen Umweltbelastungen beispielsweise auch Einkommen und Wohnsituation subsummiert). Auch hier geben mindestens drei Viertel aller Befragten hohe oder sehr hohe Werte an. Insbesondere die subjektive physische Gesundheit erreicht Spitzenwerte: Rund 35 Prozent aller Befragten in Deutschland verfügen demnach über einen sehr guten Gesundheits-

Graphik 1: Lebensbereiche und allgemeine Lebensqualität in Deutschland (WHOQOL-Bref)



Quelle: OASIS, gewichtet, n = 1287 - 1296.

Graphik 2: Lebensqualität in Deutschland (WHOQoL-Brief) nach Bereich und Altersgruppen



Quelle: OASIS, gewichtet, n = 1289 - 1296.

Abnahme der Lebensqualität im Alter bei gleichzeitigem Anwachsen der inter-individuellen Unterschiede

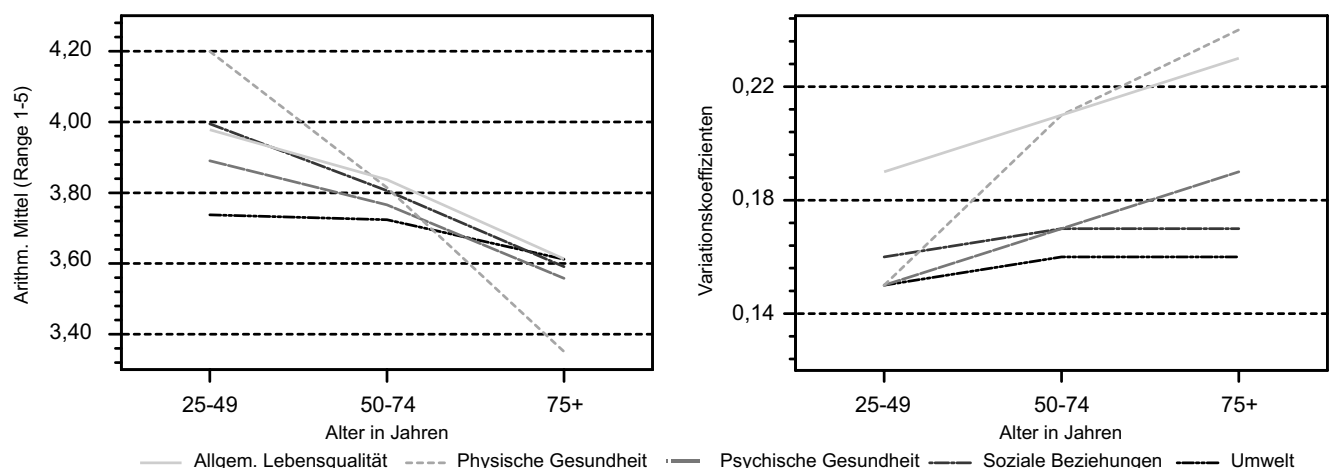
Erweitert man die Untersuchungen durch einen Ländervergleich, so sind sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten feststellbar. Erhebliche Niveauunterschiede zwischen den untersuchten Ländern zeigen sich in der allgemeinen Lebensqualität: Norwegen ist das Land mit der höchsten subjektiven Lebensqualität, während Deutschland und Spanien am schlechtesten abschneiden. Allerdings sind in den einzelnen Lebensbereichen die Niveauunterschiede zwischen Ländern weitaus geringer als bei der allgemeinen Lebensqualität. Zudem weist Deutschland im Vergleich die höchsten Werte auf, wenn Einzelbereiche wie die physische Gesundheit, die psychische Gesundheit,

die sozialen Beziehungen und die Umweltaspekte untersucht werden.

Der Zusammenhang zwischen Lebensqualität und Alter ist in allen untersuchten Gesellschaften ähnlich stark ausgeprägt: Die mittleren Werte der Lebensqualität sinken in allen Ländern mit zunehmendem Alter ab (Graphik 3, links). Dieser Trend ist im Bereich der physischen Gesundheit am stärksten ausgeprägt, während sich mit Blick auf die Bewertung der Umweltaspekte nur geringe Altersgruppendifferenzen zeigen lassen. Da diese Entwicklung in allen Ländern vergleichbar ist, kann möglicherweise von einem altersgebundenen Prozess ausgegangen werden, der - zumindest im west-europäischen Raum - nicht von spezifischen kulturellen und wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen beeinflusst wird.

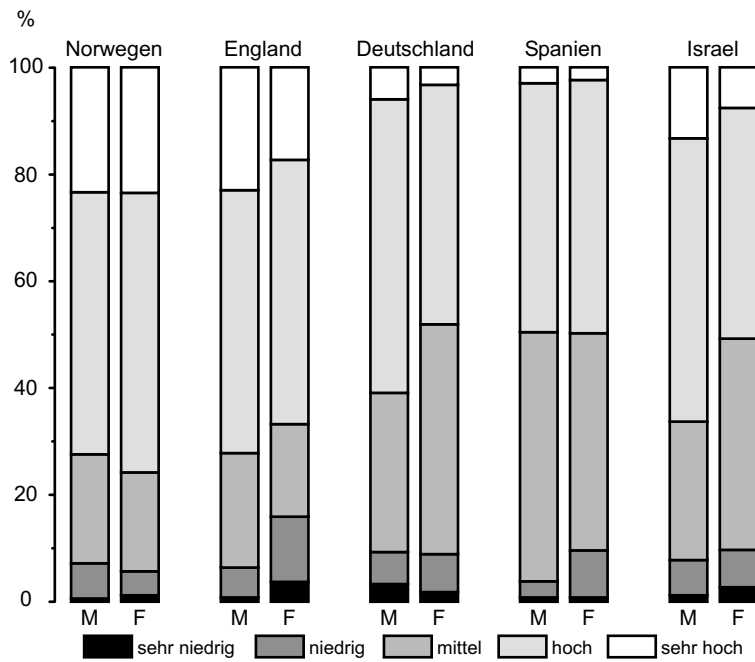
Ein zweiter Befund betrifft die zunehmende Variation der Lebensqualität in höheren Altersgruppen (Abbildung 3, rechts): Mit dem Alter nehmen die Unterschiede zwischen Personen - für die allgemeine Lebenszufriedenheit, subjektive physische Gesundheit und psychische Gesundheit - deutlich zu. Auch dieser alterskorrelierte Trend ist in ähnlicher Weise in allen Ländern nachweisbar. Der alterskorrelierte Anstieg der Heterogenität in der Lebensqualität legt nahe, dass mit zunehmendem Alter Prozesse der Differenzierung an Wirksamkeit zunehmen („Alter als Verstärker sozialer Ungleichheiten“). Einerseits scheint dabei das Ausmaß der Differenzierung mit dem Niveau der wohlfahrtsstaatlichen Sicherung und ihrer institutionellen Ausgestaltung zusammenzuhängen: Norwegen weist eine unterdurchschnittliche, England hingegen eine

Graphik 3: Arithmetische Mittelwerte und Variationskoeffizienten der Lebensqualität nach Alter - OASIS International



Quelle: OASIS, n = 5803 - 6035.

Graphik 4: Geschlecht und allgemeine Lebensqualität nach Land – OASIS International



Quelle: OASIS 2000, n = 2030.

hohe Streuung in der subjektiven Lebensqualität der Bevölkerung auf. Andererseits erweisen sich die beschriebenen Alterstrends selbst als weitgehend robust gegenüber den verschiedenen Formen und Ausdehnungen sozialpolitischer Intervention in den verschiedenen Wohlfahrtsregimes.

Betrachtet man die geschlechtsspezifischen Unterschiede der allgemeinen Lebensqualität bei den über 75-Jährigen, so weichen die Ergebnisse der einzelnen Länder teilweise deutlich voneinander ab (Graphik 4). In vier der fünf untersuchten Länder - England, Deutschland, Spanien und Israel - weisen die Frauen die niedrigere allgemeine Lebensqualität auf. Norwegen weicht hier deutlich von den anderen Ländern ab: Im Alter gibt es in diesem Land nur sehr geringe Geschlechtsunterschiede. In England, Spanien und Israel ist der Anteil von Frauen mit geringer und sehr geringer Lebensqualität höher als der Anteil von Männern. In Deutschland ist der Anteil von Männern und Frauen mit niedriger oder sehr niedriger Lebensqualität in etwa gleich hoch, aber dafür gibt es weniger Frauen als Männer, die eine hohe oder sehr hohe Lebensqualität angeben.

Möglicherweise ist der geringe Geschlechtsunterschied in der subjektiven Lebensqualität in Norwegen auf die konsequente Gleichstellungspolitik dieses skandinavischen Landes zurückzuführen. In Norwegen ist die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen weiter vorangetrieben worden als in den anderen hier untersuchten Ländern. So ist beispielsweise der Anteil von erwerbstätigen Frauen in Norwegen höher als in England, Deutschland, Spanien oder Israel.

Ältere Menschen mit Kindern haben höhere Lebensqualität als kinderlose

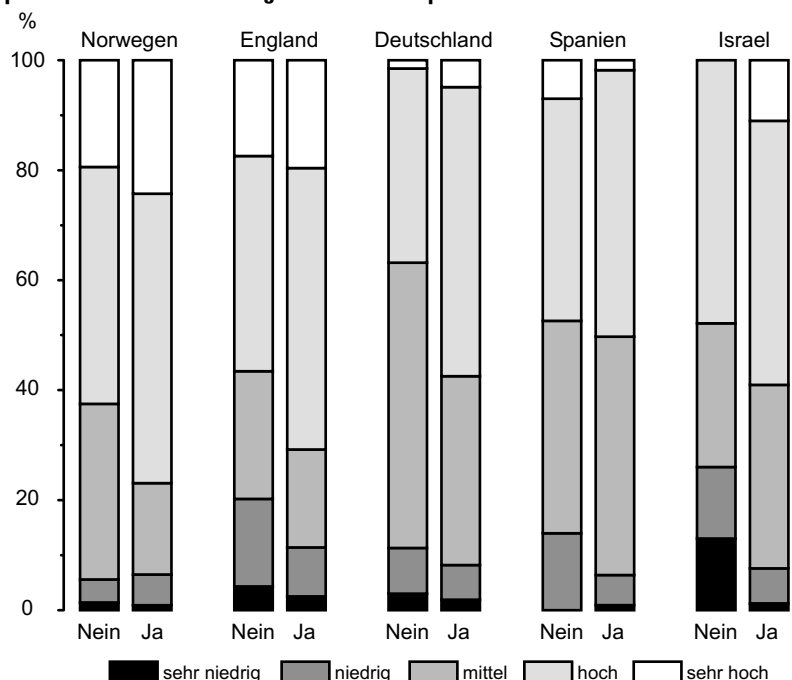
Auch die Familie ist für die allgemeine Lebensqualität im Alter von Bedeutung. Dabei werden ältere Menschen mit Kindern jenen Personen gegenübergestellt, die keine Kinder haben (Graphik 5). Unterschiede zwischen beiden Gruppen hinsichtlich des Anteils von Personen mit niedriger oder sehr niedriger Lebensqualität finden sich nur in England, Deutschland, Spanien und Israel, während sich in Norwegen keine Unterschiede in Hinblick auf Elternschaft zeigen. Zusätzlich ist darauf

hinzuweisen, dass in Spanien eine Ausdifferenzierung durch Elternschaft in den Anteilen der Menschen mit sehr hoher Lebensqualität zu beobachten ist: In Spanien ist der Anteil der Menschen mit sehr hoher Lebensqualität bei den Eltern größer als bei kinderlosen älteren Menschen.

Sozialstaatliche Interventionen im Bereich gesundheitlicher Probleme und der Unterstützung Kinderloser für Lebensqualität in Alter besonders bedeutsam

Der Vergleich unterschiedlicher sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Rahmenbedingungen ermöglicht es, deren Bedeutung für die wahrgenommene Lebensqualität von Menschen zu untersuchen. Zusammenfassend lassen sich die Ergebnisse wie folgt darstellen: In Deutschland findet sich insgesamt (bei erwachsenen Personen über 25 Jahren) ein recht hohes Niveau an subjektiver Lebensqualität, auch im Vergleich mit den anderen hier untersuchten Ländern. Im Altersverlauf zeigen sich jedoch zwei Trends: Zum einen verringert sich mit zunehmendem Alter das Niveau der geäußerten Lebensqualität, und zwar insbesondere im Bereich subjektiver physischer Gesundheit, zum anderen steigt die Varianz an subjektiver Lebensqualität - und damit die Ungleichheit - mit dem Alter an. Beide Trends lassen sich in allen fünf untersuchten Ländern beobachten. Allerdings ist die alterskorrelierte Ungleichheit in Norwegen (einem großzügigen Wohlfahrtsstaatsmodell) sehr viel geringer als in England (einem Wohlfahrtsstaatsmodell, in dem die Grundsicherung das bestimmende Element ist). Ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern zeigen sich hinsichtlich der Vergleiche von Männern und Frauen sowie von älteren Menschen mit und ohne Kinder. Obwohl Geschlecht und El-

Graphik 5: Elternschaft und allgemeine Lebensqualität nach Land – OASIS International



Quelle: OASIS 2000, n = 2035.

ternschaft mit der Lebensqualität korreliert sind (ältere Frauen schätzen ihre Lebensqualität geringer ein als ältere Männer; kinderlose ältere Menschen äußern geringere Lebensqualität als ältere Menschen mit Kindern), so zeigt sich doch, dass das Ausmaß des jeweiligen Unterschieds abhängig ist von wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen. Norwegen wies in beiden Vergleichen (Geschlecht, Elternschaft) geringere Gruppenunterschiede auf als die anderen untersuchten Länder. Diese Ergebnisse implizieren mögliche sozialpolitische Interventionen in drei Bereichen.

- Bei insgesamt relativ hohen Niveaus subjektiver Lebensqualität kann im höheren Lebensalter eine deutliche Zunahme der Ungleichheit beobachtet werden. Dies scheint insbesondere mit Veränderungen im Gesundheitsbereich zusammenzuhängen. Damit sollten sozialpolitische Interventionen, die auf eine Verbesserung der wahrgenommenen Lebensqualität im Alter zielen, gerade im Bereich einsetzender gesundheitlicher Probleme sinnvoll sein. Dagegen erscheinen Umwelt-Interventionen für die Lebensqualität im Alter weniger bedeutsam. In jedem Fall aber ist es ratsam, die zunehmende Ungleichheit im Alter gerade im Bereich der von den stärksten Einbußen betroffenen, potentiell sozial ausgeschlossenen älteren Menschen abzumildern.
- Geschlechtsunterschiede in der Verteilung der Lebensqualität differieren analog zum Ausmaß der wohlfahrtsstaatlich realisierten Gleichstellung von Männern und Frauen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht allein, ältere Menschen, also Angehörige jener Kohorten, in denen es klare Geschlechtsrollen und geschlechtsbezogene Aufgabenteilungen gab. Interventionen, die das Ziel einer Minimierung von Geschlechtsunterschieden verfolgen, sollten keineswegs im höheren Lebensalter ansetzen. Vielmehr erscheint es notwendig, Gleichstellungspolitik als eine Aufgabe zu betrachten, die grundlegend bereits früh im Lebenslauf ansetzt.
- Offenbar gehört die Verfügbarkeit von Hilfe und Unterstützung durch die Familie (hier: durch Kinder) zu den wichtigen Prädiktoren der Lebensqualität im höheren Alter. Neben den gesellschaftlichen Transfer- und Unterstützungssystemen erweist sich die Familie als eine - jedoch von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen zum Teil moderierte - Institution der Bereitstellung von Hilfe und Unterstützung im Alter: Bei umfassenderer wohlfahrtsstaatlicher Intervention zeigen sich kaum Effekte familialer Strukturen. Es erscheint nicht allein ratsam, jenen Familien mit sozialpolitischen Interventionen zu helfen, die ältere Menschen unterstützen, betreuen oder pflegen. Vielmehr muss insbesondere die Unterstützung kinderloser alter Menschen neben der Stützung der Familie eine bedeutsame Aufgabe sozialpolitischer Intervention sein.

1 Das Instrument WHOQOL-Bref der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erfasst die subjektive Bewertungen in den Lebensbereichen „physische Gesundheit“, „psychische Gesundheit“, „soziale Beziehungen“ und „Umwelt“. Bereichsspezifische Maße werden als arithmetische Mittelwerte der zugehörigen Einzelindikatoren berechnet. WHOQOL-Bref verwendet insgesamt 24 Einzelindikatoren zur Berechnung der subjektiven Lebensqualität in den vier Bereichen. Darüber hinaus werden zwei Einzelangaben zur „allgemeinen Lebensqualität“ und zum „subjektiven Wohlbefinden“ erhoben (WHOQOL Group 1994, 1998).

WHOQOL Group, 1994: The Development of The World Health Organization Quality of

Life Assessment Instrument (WHOQOL) in Orley, J., & Kuyken, W. (Eds.), Quality of Life Assessments: International Perspectives, S. 41-57. Berlin: Springer. WHOQOL Group, 1998: Development of The World Health Organization WHOQOL-Bref Quality of Life Assessment. Psychological Medicine, 28, S. 551-558.

**Andreas Motel-Klingebiel,
Clemens Tesch-Römer,
Hans-Joachim von Kondratowitz,
Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA),
Berlin**

Tel.: 030/786042-77
motel-klingebiel@dza.de

System Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland: Schlüsselindikatoren 1950-2001

Ein neues Informationsangebot der Abteilung Soziale Indikatoren

Die Bereitstellung, Pflege und kontinuierliche Erweiterung eines Systems Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland ist eine der zentralen Aufgaben der Abteilung Soziale Indikatoren. Das für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung und Wohlfahrtsmessung konzipierte System Sozialer Indikatoren enthält inzwischen mehr als 400 Indikatoren aus 14 Lebens- und Politikbereichen. Je nach Verfügbarkeit der zugrunde liegenden Daten decken die entsprechenden Zeitreihen für die westdeutschen Bundesländer einen Zeitraum ab, der teilweise bis in die 50er Jahre des letzten Jahrhunderts zurückreicht. Für die Länder auf dem Gebiet der früheren DDR setzt die Beobachtung für die meisten Indikatoren kurz nach der deutschen Vereinigung in den frühen 1990er Jahren ein.

Die Daten des Indikatorensystems stellt die Abteilung der interessierten Öffentlichkeit in vielfältiger Weise zur Verfügung. Neben einer Bereitstellung der Daten in rein tabellarischer Form ist hierbei insbesondere das Digitale Informationssystem Soziale Indikatoren (DISI 2.0) zu nennen, das einen sehr flexiblen Zugang zu den Informationen des Systems Sozialer Indikatoren bietet (www.gesis.org/Sozialindikatoren/Daten/Informationssystem_DISI/disi.htm).

Ergänzend dazu bietet die Abteilung Soziale Indikatoren seit dem Frühjahr diesen Jahres

als zusätzliches Informationsangebot eine Auswahl von Schlüsselindikatoren des Systems Sozialer Indikatoren an. Ziel dieser Auswahl von insgesamt 83 Indikatoren ist es, einen prägnanten und benutzerfreundlichen Überblick über die wichtigsten gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zu bieten. Dabei konzentriert sich die Indikatoren Auswahl insbesondere auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungstrends. Die Zeitreihen stehen nicht nur als Tabellen, sondern auch komplett in graphischer Form zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Zeitreihen der Schlüsselindikatoren kontinuierlich aktualisiert, so dass hier eine möglichst aktuelle Datenbasis garantiert wird.

Die 83 Schlüsselindikatoren können sowohl komplett, als auch für jeden Indikator separat im pdf-Format aus dem Internet heruntergeladen werden (www.gesis.org/Sozialindikatoren/Daten/System_Sozialer_Indikatoren/keyindik.htm). Die Schlüsselindikatoren stehen nicht nur in deutscher Sprache, sondern seit kurzem auch in einer englischsprachigen Version zur Verfügung.

Bernhard Christoph, ZUMA
Tel.: 0621/1246-244
christoph@zuma-mannheim.de

Wohlfahrtsstaatliche Institutionen und soziale Sicherheit: Messkonzepte, Indikatoren und Analysen

Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren
Mannheim, 13. und 14. November 2003

Die Reform des Systems der Sozialen Sicherung wird in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Vor allem demographische Veränderungen sowie die ungünstige Situation auf dem Arbeitsmarkt stellen die zukünftige Finanzierbarkeit und Nachhaltigkeit des Systems in Frage. Vor diesem Hintergrund wird die Frage aufgegriffen, welche empirischen Informationsgrundlagen, d.h. Messkonzepte, Indikatoren und Erhebungsprogramme für die Beurteilung der Effektivität des Systems der Sozialen Sicherung geeignet sind und zur Verfügung stehen oder zukünftig benötigt werden. Von besonderem Interesse ist dabei nicht nur das Verhältnis von institutionellem und finanziellen Aufwand auf der einen Seite und dem Ertrag in Form von sozialer Sicherheit auf der anderen Seite, sondern auch die subjektive Beurteilung der Sicherungsinstitutionen aus der Sicht der Bevölkerung: Wie steht es um die Akzeptanz des Sozialstaates? Haben die Menschen noch Vertrauen in die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen, und was sind ihre Präferenzen für deren Reform? Wie weit geht die Bereitschaft, Beiträge für Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherung zu entrichten und wie steht es um die Einsicht, zukünftig mehr Eigenverantwortung zu übernehmen?

Sowohl aus nationaler als auch internationaler Perspektive werden hierzu im Rahmen des Workshops Mess- und Beobachtungskonzepte sowie Indikatoren und Befunde von empirischen Analysen präsentiert und diskutiert. Die Veranstaltung wird unter Beteiligung namhafter Experten aus Wissenschaft, Verbänden und Ministerien durchgeführt und soll den Teilnehmern einen Überblick über den aktuellen Stand der Diskussion in diesem für die Gesellschaftspolitik zentralen Themenbereich bieten.

Programm

Donnerstag, 13. November

Heinz-Herbert Noll, Stefan Weick (ZUMA, Mannheim)
Einleitung in den Workshop

Joakim Palme (Institute for Futures Studies, Stockholm)
Welfare and Welfare State in an Era of Austerity –
The Swedish Case

Uwe Rehfeld (VDR, Frankfurt a.M.)
Datenangebote und Informationsbedarf
im Bereich der Alterssicherung

Edeltraut Roller (WZB, Berlin)
Zur Akzeptanz des Sozialstaats: Ansätze,
Probleme, Befunde

Jürgen Kohl (Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg)
Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und der
sozialen Sicherung in den Ländern der EU

Freitag, 14. November

Carsten Ullrich (Universität Mannheim)
Die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Institutionen im
Lichte der Umfrageforschung:
Probleme der Messung und Interpretation

Stefan Weick (ZUMA, Mannheim)
Subjektive Indikatoren zur Sozialen Sicherung
in der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung

Volker Schmitt (BMGS/VDR, Bonn)
Indikatoren der Alterssicherung als Instrument der
offenen Koordinierung in der EU – Stand und Perspektiven

Regina Berger-Schmitt (ZUMA, Mannheim)
Indikatoren zur Pflege alter Menschen im
europäischen Vergleich

Hendrik Jürges (Universität Mannheim)
Aufbau einer internationalen Daten- und Forschungs-
infrastruktur: Planungen und erste Ergebnisse zu Fragen
der Gesundheit, Alterung und Pensionierung in Europa

Gert Wagner (TU und DIW, Berlin)
Informationsverarbeitung in der Politikberatung –
Ein Versuch Erfahrungen zu reflektieren

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Dr. Heinz-Herbert Noll (Tel.: 0621/1246-241; Email: noll@zuma-mannheim.de) oder an Dr. Stefan Weick (Tel.: 0621/1246-245; Email: weick@zuma-mannheim.de), die den Workshop organisieren und betreuen.

Anmeldungen nimmt das ZUMA-Tagungssekretariat entgegen (workshop@zuma-mannheim.de, Tel.: 0621/1246-221). Anmeldeschluss ist der 15. Oktober. Für die Teilnahme wird eine Gebühr von 100,- Euro erhoben.

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
<http://www.gesis.org/sozialindikatoren/>

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Caroline Kramer, Bernhard Christoph

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Call for Papers

„Patient“ deutsche Gesellschaft? Diagnosen und Befunde der empirischen Sozialforschung

Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren in der DGS
in Zusammenarbeit mit dem WZB

11. - 12. Dezember 2003, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Kritische und beunruhigende Thesen, Analysen und Diagnosen zum Zustand der deutschen Gesellschaft häufen sich: Vom Schlusslicht in Europa, von der blockierten Gesellschaft, vom sich Einrichten in sozialstaatlicher Bequemlichkeit und von den mutlosen Bürgern ist die Rede; Freizeitorientierung und der Rückzug ins Private erodiere die Zivilgesellschaft, Zukunftspessimismus breite sich aus und Fremden- und Menschenfeindlichkeit sei an der Tagesordnung. Solche und ähnliche Beobachtungen, Behauptungen und (Vor-)Urteile finden sich aber nicht nur in der Berichterstattung der Medien und Feuilletons, sondern auch in sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnosen. Wie ist der Wahrheitsgehalt dieser und anderer Einschätzungen zur aktuellen Lage der deutschen Gesellschaft zu beurteilen? Inwieweit hat sich Deutschland vom Zustand einer modernen, fortschrittlichen und dynamischen - insofern ‚gesunden‘ - Gesellschaft entfernt und inwiefern ist es berechtigt von einem ‚Patienten‘ Deutschland zu sprechen, wie es gelegentlich geschieht?

Auf der Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren, die in Kooperation mit der Abteilung Ungleichheit und soziale Integration des WZB organisiert wird, sollen Thesen und Diagnosen zum aktuellen Zustand des angeblichen „Patienten“ deutsche Gesellschaft präsentiert, mit den Befunden systematischer Gesellschaftsbeobachtungen und empirischer Erhebungen und Analysen der Sozialforschung konfrontiert und im Hinblick auf ihren Realitätsgehalt diskutiert werden.

Die Sektion Soziale Indikatoren lädt alle interessierten und fachkundigen Kollegen/innen zu dieser Veranstaltung ein. Vortragsangebote erbitten wir in Form eines maximal 1-seitigen Abstracts spätestens bis zum 15. Oktober 2003 an

Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA (noll@zuma-mannheim.de; Tel.: 0621/1246-241) und
Dr. Roland Habich, WZB (rhabich@wz-berlin.de; Tel.: 030/25491-300)